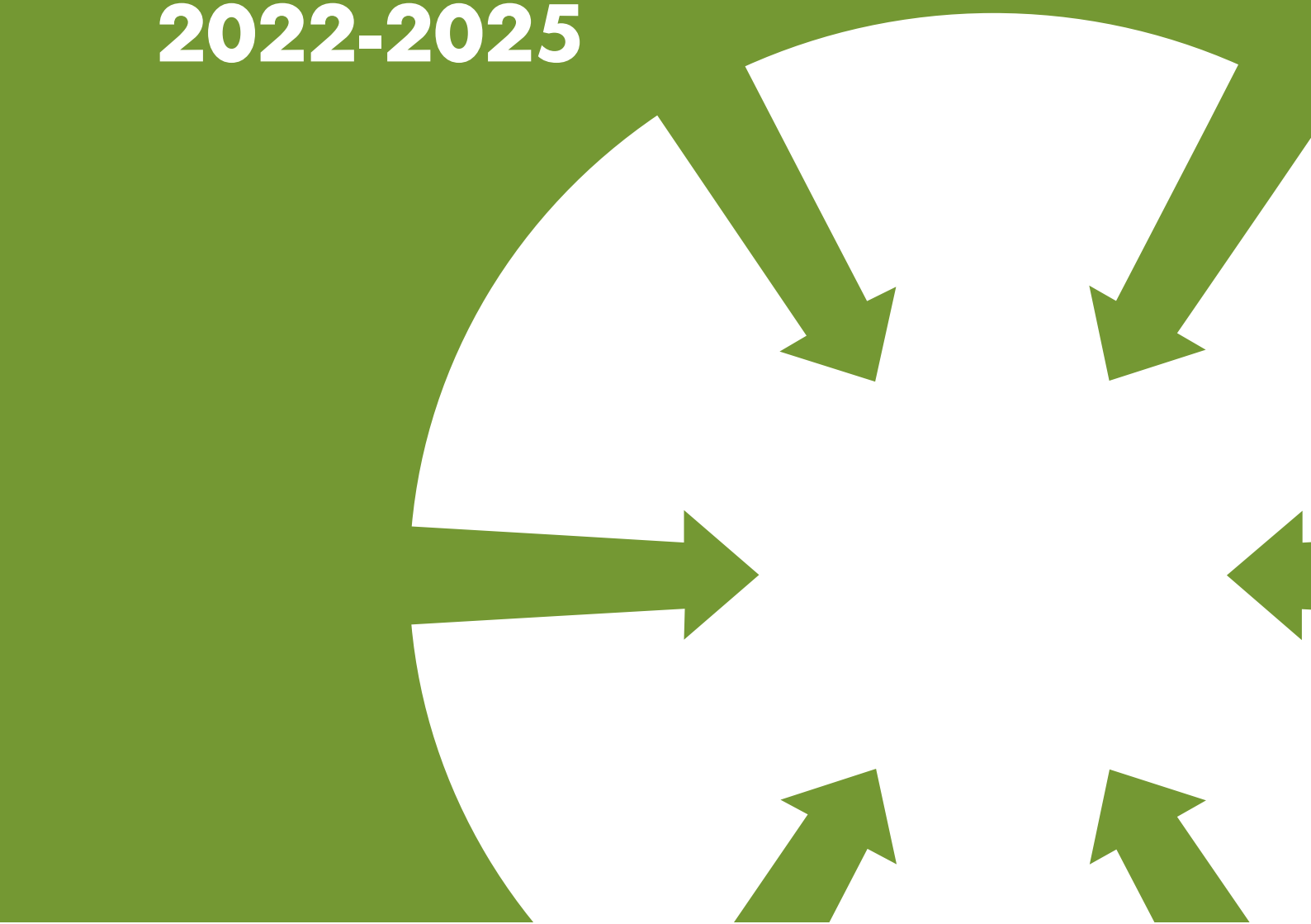


VORSTANDS- BERICHT 2022-2025



**Die Deutsche Gesellschaft
für Soziale Psychiatrie e.V.
(DGSP)**

Bericht des Geschäftsführenden Vorstands	4
Bericht der Kassenprüfer	7
Bericht des Schatzmeisters	8
Bericht der Geschäftsstelle	10
Kurzbericht der DGSP-Stiftung für Soziale Psychiatrie	13
Bericht der Sozialen Psychiatrie - Rundbrief der DGSP	14
 Berichte der DGSP-Fachausschüsse	 16
Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung	16
Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)	16
Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien	18
Bericht – Fachausschuss Forensik	19
Fachausschuss Forschung	20
Fachausschuss Kunst und Kultur	21
Fachausschuss „Netzwerk: Psychiatrie ohne Gewalt“ (NPOG)	21
Fachausschuss Non-Compliance und Eigensinn	23
Fachausschuss Psychiatrie 4.0	24
Bericht Fachausschuss Psychopharmaka 2025	25
Bericht des Fachausschusses Sucht	25
Bericht des Fachausschuss Wohnen	28
Tätigkeitsbericht Pflege in der DGSP	29
 Berichte der DGSP-Landesverbände und -Landesarbeitsgemeinschaften	 30
Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Baden-Württemberg (DGSP BW)	30
DGSP-Landesverband Bremen e.V.	31
Hamburgerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.(HGSP)	32
Landesarbeitsgemeinschaft Hessen der DGSP	35
DGSP-Landesverband Niedersachsen e.V. (DGSP-N)	36
Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)	36
DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.	38
DGSP-Landesverband Saarland e.V.	38
Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.	38
Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.	40
DGSP-Landesverband Schleswig-Holstein	41
DGSP-LAG Thüringen	42

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:

Christel Achberger | Diplom-Psychologin, Flintbek | 1. Vorsitzende

Jan Roscher | Heilpädagoge, Leipzig | 1. Stellvertretender Vorsitzender

Sven Bechtolf | Dipl. Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, Bremen | 2. stellvertretender Vorsitzender

Stefan Corda-Zitzen | Diplom Sozialpädagoge, Mönchengladbach | Schatzmeister

Jessica Reichstein | Diplom-Sozialpädagogin, M.A. social work, Hamburg | Schriftführerin

Bericht des Geschäftsführenden Vorstands

Der Geschäftsführende Vorstand legt alle drei Jahre seinen Geschäftsbericht der Mitgliederversammlung vor. Wir blicken auf drei Jahre Vorstandsarbeit seit der letzten Wahl zurück und auf die zukünftige Arbeit des neu zu wählenden Vorstandes voraus, auf die zukünftigen Herausforderungen, die die DGSP als sozial- und psychiatriepolitischer Verband meistern muss.

Als wir 2022 wiedergewählt wurden, haben wir Überlegungen zu unserer weiteren Zusammenarbeit angestellt. Wichtige Grundlage ist die Teamarbeit, alle Vorstandsmitglieder sollten in gleicher Verantwortlichkeit für die Arbeit des Vorstandes stehen. Um eine kooperative Zusammenarbeit mit ausreichender Zeit für Diskussionen und gemeinsamen Entscheidungen zu entwickeln, haben wir uns die nachfolgende Arbeitsstruktur gegeben:

- Wir treffen uns am Vorabend der Sitzung des Gesamtvorstandes und führen eine ca. dreistündige Sitzung durch und nutzen den folgenden Tag bis zum Beginn der Sitzung des Gesamtvorstandes für unsere weiteren Beratungen.
- Wir treffen uns einmal jährlich für einen Tag in Köln in der Geschäftsstelle
- Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat findet ein Online-Treffen (ca. 90 Minuten) statt
- Wir haben Zuständigkeiten für die Fachausschüsse und die ständigen Gremien benannt.

Diese umfangreiche Zusammenarbeit haben wir in dieser Form als gewinnbringend erlebt. Dabei arbeiten wir eng mit der Geschäftsstelle zusammen.

Auf diese Weise haben wir die vielfältigen Themen beraten, die sich u. a. in der Aufzählung der Stellungnahmen und der durchgeführten Tagungen inklusive der Fachgespräche ONLINE spiegelt. Die DGSP hat Einfluss genommen auf die Fachdiskussion und zu sozialpolitischen Entscheidungen Stellung bezogen. Wir haben uns eingemischt. Dies war nur möglich, weil viele Akteure zusammengewirkt haben:

- Die Landesverbände und Landesarbeitsgemeinschaften der DGSP, die vor Ort an der Gestaltung der Psychiatrie mitwirken und sich im Austausch mit den anderen Landesverbänden über gute Lösungen z.B. zu den PsychKG und bei der Umsetzung des BTHG gegenseitig informieren.
- Die Fachausschüsse, in denen der fachliche Diskurs im Mittelpunkt stand und steht. Die Kolleg:innen erarbeiteten Stellungnahmen und bereiteten Tagungen vor. Die Sprecher:innen der Fachausschüsse und Arbeitskreise arbeiteten im Gesamtvorstand mit.
- Neben der Unterstützung durch die Sprecher:innen der Landesverbände, Landesarbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse wird die Arbeit des Gesamtvorstandes durch die gewählten Vertreter:innen (Erweiterter Vorstand) bereichert und mitgetragen.
- Der Gesamtvorstand ist sozusagen das „Gesamtteam“, das für die Arbeit des Verbandes steht, in dem sich unsere gemeinsame Arbeit spiegelt und unter fachlichen Gesichtspunkten mitgetragen wird.
- Der Geschäftsführende Vorstand und die Geschäftsstelle haben die Arbeit zu koordinieren, abschließend zu beraten und nach außen zu vertreten.

Die Arbeit wird von vielen aktiven Personen und Gruppen getragen. Allen, die hier mitarbeiten, tragen zur Arbeit des Verbandes bei und der Geschäftsführende Vorstand bedankt sich für dieses Engagement. Ohne diese gemeinsame Arbeit wäre die Vielfalt psychiatrischer Themen nicht abzubilden.

Als Geschäftsführender Vorstand möchten wir uns bei den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle bedanken. Der große Einsatz aller Mitarbeitenden gewährleistete eine gute Betreuung und Organisation aller Verbandsaktivitäten, der Gremien und der Mitglieder.

Thomas Müller, Birthe Ketelsen und bis 2024 Marie Schmetz gestalten zusammen die Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“. Wir er-

halten immer wieder positive Rückmeldungen zu den guten Beiträgen, der hohen inhaltlichen Fachlichkeit und zu den vielfältigen und gut gewählten Schwerpunktthemen unserer Verbandszeitung. Diese hohe Qualität der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ baut auf die gute und verlässliche Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Redaktion auf. Dafür bedanken wir uns bei allen Redaktionsmitgliedern.

Birthe Ketelsen und bis 2024 Marie Schmetz tragen mit der Gestaltung unserer Homepage, dem Newsletter, der Endredaktion der Stellungnahmen und der Pressearbeit die Ergebnisse unserer Arbeit erfolgreich in die Öffentlichkeit.

Christian Reumschüssel-Wienert, der als ehrenamtlicher Beiratsvorsitzender zusammen mit dem Stiftungsbeirat die Arbeit der „Stiftung für Soziale Psychiatrie“ gestaltet, ist für seine Arbeit zu danken. Wir alle blicken auf interessante Veranstaltungen am Vorabend der Jahrestagungen und die Beratungen und Preisverleihungen im Rahmen des Klaus-Dörner-Preises zurück.

Wir haben unser Netzwerk in die Politik, zu den Sozialverbänden und psychiatrischen Verbänden erweitert und weiter intensiv gepflegt. Mit den Verbänden des Kontaktgesprächs Psychiatrie sowie im Paritätischen Gesamtverband versuchen wir gemeinsam sozialpolitische Themen zu kommunizieren und zu bewegen.

Einige Themen haben uns über die letzten Jahre begleitet und werden uns zukünftig weiter herausfordern, z.B.

- Transformation der Maßregel: Das im März 2022 veröffentlichte Positionspapier der DGSP hat viele Diskussionen über Reformen des Maßregelvollzugs angeregt. Es gab viele, teilweise sehr polarisierende Veröffentlichungen und Tagungsbeiträge sowie öffentliche Diskussionen.
- Politische Kommunikation

Wir haben regelmäßig politische Stellungnahmen in einem breiten Themenspektrum erarbeitet, veröffentlicht und mit politischen Entscheidungsträgern diskutiert, wie haben die Wahlprüfsteine verfasst, die Antworten ausgewertet und werden auch kritisch die Vorhaben der Regierungskoalition begleiten.

Aber auch verbandsinterne Themen forderten und fordern uns rückblickend aber auch zukünftig heraus:

- Die Situation in den Landesverbänden stellt sich heterogen dar. Einerseits gibt es Landesverbände die sehr aktiv in der psychiatriepolitischen Gestaltung involviert sind und andererseits leiden Landesverbände unter dem Mangel an aktiven und engagierten Mitgliedern, was im Einzelfall zur Vereinsauflösung führte. Drei Landesverbände arbeiten mittlerweile als nicht selbständige „Landesarbeitsgemeinschaft“ weiter. Die Frage, wie wir uns als Verband für neue Mitglieder attraktiv machen können beschäftigt uns stetig. Neben einer gelungenen Verbesserung unserer Außendarstellung muss es weiterhin darum gehen, mit fachlichen Positionen in der Fachöffentlichkeit erkennbar zu sein und als unabhängiger und kritischer Fachverband zu punkten. Die Fachausschüsse mit ihren spezifischen Themenstellungen bieten dem Verband ein großes fachliches Potential, dass zukünftig noch deutlicher nach außen getragen und auch in den Landesverbänden mehr genutzt werden sollte.

Wirtschaftliche Situation des Vereins

Der Verband finanziert seine Aktivitäten über das Aufkommen der Mitgliedsbeiträge und über die Einnahmen aus den angebotenen Fort- und Weiterbildungen. Wir hatten in allen drei Jahren ein positives Betriebsergebnis.

Der Vorstand

Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP

Nachfolgend sind hier die Stellungnahmen der DGSP zu sozial- und psychiatriepolitischen Themen und Fragen aufgeführt, die im Berichtszeitraum erarbeitet und veröffentlicht wurden. Die hier gelisteten Stellungnahmen sind alle auf der Homepage der DGSP in voller Länge zu finden:

Stellungnahmen im Jahr 2023

- Positionspapier zur kontrollierten Abgabe von Cannabis (14. Dezember 2022)

- Offener Brief ans BMG: Ergebnisse der DGSP-Jahrestagung 2022 (15. Dezember 2022)
- Appell zu sofortigem Baustopp geschlossener Maßregelvollzugseinrichtungen (11. Januar 2023)
- Positionen zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung (11. Januar 2023)
- Offener Brief: Individuelle Dosierungen beim Absetzen von Psychopharmaka (23. Februar 2023)
- Unbürokratische Visumsverfahren auch für Syrer:innen sowie Geflüchtete in der Türkei (09. März 2023)
- Forderung nach einer »Enquete-Kommission Sanktionenrecht« (1. Juni 2023)
- 42. Verbändekonsultation: Stellungnahme der DGSP zum psychiatrischen Maßregelvollzug (6. Juni 2023)
- DGSP-Stellungnahme zur Änderung der PPP-Richtlinie in der Fassung vom 07.06.2023 (3. Juli 2023)
- Offener Brief: Unterschiedlicher Behandlung von Empfängern von Bürgergeld und Grundsicherung setzen falsche Anreize (11. Juni 2023)
- PM: Die DGSP fordert: Suizidassistenten nicht ohne Suizidpräventionsgesetz (11. Juli 2023)
- Stellungnahme zum Dialogforum der APK: Selbstbestimmung und Zwangsvermeidung (13. Oktober 2023)

Stellungnahmen im Jahr 2024

- Stellungnahme zum Beschlussentwurf über eine Änderung der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie (28.12.)
- Zwei Einreichungen der DGSP für den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen des BMG (18.12.)
- Bericht zum Transformationspapier Maßregelvollzug in den SPI 04/2023
- Intensive Beschäftigung mit dem Themenkomplex „Ambulante Behandlungsweisung“ sowie „Ausweitung ärztlicher Zwangsmaßnahmen in den ambulanten Bereich“

- a. Diskussion mit den Protagonisten der Ethik-Tagung Zwiefalten beim Gesamtvorstand im Februar
- b. Stellungnahmen der DGSP und gemeinsam im Kontaktgespräch
- c. Stellungnahmen im BVerfG-Anhörungsprozess und Teilnahme an der Anhörung

Weitere Diskussion im Verband

- Teilnahme und Unterstützung des Psychiatriedialogs
- Stellungnahme Teilhabe an Gesundheit – Med. Reha und Prävention
- Stellungnahme Schnittstelle Behandlung zu Teilhabe an Arbeit, Beschäftigung und Bildung
- Stellungnahme Partizipation
- Begleitschreiben zum britischen Aufruf Antidepressiva: „In Deutschland werden zu viele Antidepressiva verordnet“ (19.04.)
- Position des Kontaktgesprächs zur Suizidprävention (17.04.)
- Position „Bezahlkarte diskriminiert Geflüchtete mit psychischen Erkrankungen besonders drastisch“ (09.04.)
- Position „Unbegründete Entwarnung zu AD-Entzugssymptomen durch Metastudie“ (20.06.)
- Offener Brief an den Senat Berlin bzgl. Missstände im Maßregelvollzug (10.10.)
- Medizinische Rehabilitation psychisch kranker und behinderter Menschen - Ein Positionspapier (15.10.)
- Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen Suizidprävention (28.11.)
- Aussagen der DGSP zur Bundestagswahl (13.12.)

Stellungnahmen im Jahr 2025

- Stellungnahme zur Registrierung psychisch erkrankter Menschen (24.01.)
- Stellungnahme zur problematischen Darstellung und den Herausforderungen in der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen (10.02.)
- Kommentar zur KSV-Psych-Richtlinie im Stellungnahmeverfahren des G-BA (30.04.)

- Position zum Krankenhausvorbehalt bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen (22.05.)
- Rückmeldungen zu den Beschlüssen der Innen- und Gesundheitsministerkonferenzen der Länder (15.07.)

Folgende Veranstaltungen, Tagungen und Fachgespräche ONLINE wurden durch die Bundes-DGSP bzw. mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt

Im Jahr 2023

- Fachtag Arbeit in Magdeburg am 11.05. mit 110 Teilnehmenden
- Gedenktag für Klaus Dörner mit APK und LWL am 02./03. Juni in Gütersloh mit 120 Teilnehmenden
- 02.09. T4-Gedenktag mit dem Kontaktgespräch Psychiatrie in Berlin mit 50 Teilnehmenden
- 22.09. Fachtag Psychopharmaka in Freiburg mit 100 Teilnehmenden
- Monatlich Offener Raum als Fachgespräch ONLINE
- Zwei Forschungsforen als Fachgespräch ONLINE
- Fachgespräch ONLINE Kinder und Jugend

Im Jahr 2024

- Fachgespräch Online zum Thema Onlinezugangsgesetz und Eingliederungshilfe durch Online-Beantragung
- Monatlich Offener Raum als Fachgespräch ONLINE
- FG Online „Die Wahrheit ist ein scheues Ding“ mit Karl Ziegler

Im Jahr 2025

- 20./21. Februar Fachtag Sucht in Leipzig, 100 TN
- 15. Mai Fachtag Arbeit in Köln mit 110 TN
- 02./03. Juni 50 Jahre Enquete-Tagung des Kontaktgesprächs Psychiatrie in Leipzig mit 300 TN
- 05.09. T4-Gedenktag mit dem Kontaktgespräch Psychiatrie
- Monatlich Offener Raum als Fachgespräch ONLINE
- 11.04. Fachgespräch ONLINE Neurodiversität und Literatur (15 TN)

Bericht der Kassenprüfer

Vorliegende Unterlagen:

Jahresabschluss 2023 und die betriebswirtschaftlichen Auswertungen 2024, alle Konten und alle Originalbelege, zusätzlich ein Gespräch über die Finanzeinschätzung der letzten beiden Jahre mit Birgit Appelhans, Anke Kirchner und Daniela Glagla. Ergebnis:

Es ergibt sich wie bei der letzten Kassenprüfung eine ausgeglichene Bilanz, wobei die Entwicklung als positiv zu bezeichnen ist. Insgesamt sind die Geschäftsstellenmitarbeiter:innen und der Geschäftsführende Vorstand im überprüften im Zeitraum verantwortungsvoll und sparsam mit den zur Verfügung stehenden Geldern satzungsgemäß umgegangen.

Veränderungen und Entwicklungen aus der Sicht der Kassenprüfer:

- Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin leicht rückläufig
- Die Zahl der institutionellen Mitglieder ist ebenso leicht rückläufig
- Die finanzielle Basis der DGSP setzt sich weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den Erlösen der Fortbildungen zusammen.
- Nach wie vor zeigt sich die Ertragssituation der DGSP als solide. Dasselbe gilt für die Liquidität des Verbandes.

Soweit es im Rahmen einer Prüfung durch Stichproben möglich ist, wird hiermit die ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsgelder im Sinne der Zielsetzung und Satzung der DGSP bescheinigt.

Die Kassenprüfer stellen fest, dass die finanziellen Ressourcen im Prüfungszeitraum gezielt eingesetzt wurden und sehr sparsam gewirtschaftet worden ist.

Köln, Dienstag, der 26. August 2025

Dr. Edith Köhler
Pirkheimerstr. 2 a
81373 München

Karl Ziegler
Gabelsberger Str. 4
83527 Haag

Bericht des Schatzmeisters

Nach § 9(7) der Satzung der DGSP ist durch den Schatzmeister alle drei Jahre am Ende der Amtszeit des geschäftsführenden Vorstands ein Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Die Berichte der Jahresabschlüsse 2022, 2023 und 2024 wurden von den Steuerberatern Minartz und Bundt, Partnerschaft Köln, ordentlich vorgelegt. Die Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse wurde bestätigt. Aus den betriebswirtschaftlichen Auswertungen sind keine wesentlichen Abweichungen von den Haushaltsplanungen zu erkennen.

Der Aufwand im Bereich der ideellen Tätigkeiten des Vereins ist im Wesentlichen durch Personalausgaben bestimmt. Die Personalkosten sind in den zurückliegenden Jahren zunächst aufgrund der Tarifsteigerungen gestiegen, dann jedoch wegen Elternzeiten gesunken. Derzeit beschäftigen wir 7 hauptamtliche Mitarbeitende und drei geringfügig Beschäftigte mit einem Vollzeitäquivalent von 5,5 Stellen.

Die Erträge des Vereins setzen sich im Wesentlichen aus den Mitgliedbeiträgen und den Einnahmen im Fortbildungsbereich und Tagungen zusammen. Nach Pandemie-bedingten Mindereinnahmen im letzten Berichtszeitraum haben sich Teilnehmenden-Zahlen und Einnahmen stabilisiert,

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum eine umsichtige Haushaltsplanung umgesetzt und ist verantwortungsvoll und sparsam mit den Mitteln des Vereins umgegangen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeitenden für die engagierte und verantwortungsbewusste Arbeit.

Schatzmeister: Stefan Corda-Zitzen

Bericht der Geschäftsstelle

Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle

In der DGSP-Bundesgeschäftsstelle in Köln werden alle wesentlichen Aktivitäten des Bundesverbandes gebündelt. Zu dem umfassenden Aufgabenspektrum gehören unter anderem:

- Information und Koordination zwischen Vorstand, Landesverbänden/Landesarbeitsgemeinschaften, Fachausschüssen/Arbeitskreisen und kooperierenden Partnerverbänden.
- Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an den Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands und des Gesamtvorstands. Vorbereitung, Beteiligung und Protokollierung der wöchentlichen Videokonferenzen des Geschäftsführenden Vorstandes
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen zu psychiatriepolitischen Themen, z. B. gemeinsame Stellungnahmen zu Fachthemen.
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von DGSP-Tagungen und DGSP-FachgesprächenONLINE und deren Durchführung; Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsgruppen vor Ort, den Fachausschüssen und kooperierenden Verbänden; Programmerstellung und Öffentlichkeitsarbeit; Organisation des
- Tagungsbüros vor Ort; Finanzierungsplanung und Abrechnung.
- Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“;
- Redaktionsleitung und Herstellung; Koordination mit der ehrenamtlich tätigen Redaktionsgruppe; Vorbereitung und Leitung der Redaktionssitzungen; Anzeigenakquisition; Kontakte zu Verlagen und Zeitschriften; Aboverwaltung
- Inhaltliche Planung/Weiterentwicklung und organisatorische Abwicklung zahlreicher DGSP-Fortbildungen, wie z.B. der Weiterbildungen: Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA), Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straf-

täter, Weiterbildung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (G-FAB), Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern, Entwicklung und Organisation von Fortbildungsangeboten zur Umsetzung des BTHG.

- Organisation und Durchführung von Beiratssitzungen der Weiterbildungen, DGSP-Kurzfortbildungen, Online-Seminaren, Mitarbeit im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP und weiteren Fachausschüssen. Das Qualitätsmanagement des Bildungsinstitut ist nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifiziert.
- Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Medien, Broschüren etc.) und Gremienarbeit (Paritätischer Gesamtverband, diverse Arbeitskreise); Info-Tische auf Veranstaltungen.
- Verwaltungsaufgaben/Finanzen: Mitgliederverwaltung, Sekretariatsaufgaben; Haushaltsplanung und -abrechnung; Abrechnungsämtlicher Fortbildungen; umfangreicher Informationsdienst durch Posteingang/Postausgang sowie Telefon. Die DGSP-Geschäftsstelle stellt für viele psychiatrisch tätige, interessierte oder betroffene Menschen einen wichtigen Informationspool dar. Zahlreiche Anfragen erreichen uns täglich telefonisch oder per E-Mail. Das Themenspektrum reicht von Fragen zu den DGSP-Fortbildungsangeboten, zu Konzeptfragen und Versorgungsangeboten über Einschätzungen zu psychiatriepolitischen Themen (insbesondere seitens der Medien) bis hin zu verbandsinternen Themen und Belangen sowie Beratungsanfragen von hilfe- und ratsuchenden Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen.

Personalsituation

In der DGSP-Geschäftsstelle arbeiten zurzeit zwei fest angestellte Mitarbeiter:innen in Vollzeit und vier weitere Mitarbeiter:innen mit einem Stundenumfang von 25-30 Wochenstunden sowie einem Mitarbeiter mit zehn Wochenstunden. Unsere ehemaligen Kolleginnen Heidemarie Helfrich und Michaela Hoffmann unterstützen uns jetzt aus ihrem Ruhestand heraus im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung insbesondere im Bereich der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen.

In den letzten drei Jahren waren zwei Mitarbeitende in Elternzeit, was einmal intern und einmal extern vertreten werden konnte. Marie Schmetz hat uns 2024 verlassen und unsere studentische Aushilfe Sonja Kirchner 2025.

Die Mitarbeitenden sind:

- Patrick Nieswand (Krankenpfleger, Politikwissenschaft M.A.) ist Geschäftsführer.
- Daniela Glagla (Politikwissenschaft M.A.) ist stellvertretende Geschäftsführung.

Ihre Hauptaufgabenbereiche sind Geschäftsführungsaufgaben, die Unterstützung der DGSP-Vorstands- und Gremienarbeit sowie die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Tagungen und FachgesprächeONLINE, die Begleitung und Weiterentwicklung der zahlreichen mittel- und langfristigen DGSP-Fortbildungsangebote sowie Koordinations- und Gremienarbeit, Finanzen, Beantwortung der auflaufenden Anfragen.

- Birthe Ketelsen (Geschichte M.A., Referentin für Unternehmenskommunikation) ist in Kooperation mit Thomas Müller zuständig für die Herausgabe der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ und darüber hinaus für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Dies beinhaltet die Pflege und redaktionelle Betreuung des Internetauftrittes der DGSP, die Erarbeitung des DGSP-Newsletters, die Pressearbeit z. B. bei Fachtagungen (Pressemitteilungen und -gespräche), die Bearbeitung von Infomaterialien.
- Thomas Müller (Dipl. Germanist, Sozialmanager, Museumsdirektor) ist für die redaktionelle Leitung der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ zuständig. In Zusammenarbeit mit Marie Schmetz und Birthe Ketelsen und dem ehrenamtlich tätigen Redaktionsteam trägt dafür Sorge, dass viermal jährlich unsere Verbandszei-

tung mit interessanten und praxisrelevanten Fachbeiträgen erscheint.

- Birgit Appelhans, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist verantwortlich für die Mitgliederverwaltung, allgemeine Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben, Finanzverwaltung, Verwaltung der Kurzfortbildungen.
- Anke Kirchner, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist für den DGSP-Fort- und Weiterbildungsbereich, besonders der Langzeitweiterbildungen, zuständig. Sie nimmt außerdem die umfangreiche Telefonberatung hilfesuchender Menschen wahr.
- Melanie Reinert verstärkt das Team seit Mai 2025. Die Verwaltungskraft ist für den DGSP-Fort- und Weiterbildungsbereich, insbesondere der Langzeitweiterbildung G-FAB verantwortlich.
- Michaela Hoffmann ist für die Organisation und Koordination der Kurzfortbildungen sowie die Kommunikation mit den Referierenden zuständig.
- Heidemarie Helfrich ist für die Vorkontierung der Finanzbuchhaltung sowie die Vertretung im Bereich der Kurzfortbildungen zuständig.

Das solide ausgebaute Weiterbildungsprogramm benötigt zur qualitativ guten Abwicklung einen hohen Verwaltungsaufwand und bindet somit einen großen Teil des vorhandenen Personals. Das Qualitätsmanagementsystem des DGSP-Bildungsinstituts ist seit 2021 nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifiziert.

Für Mitglieder und an der Arbeit der DGSP interessierte Personen erscheint monatlich ein Newsletter. Dieser informiert über aktuelle Ereignisse im Verband bzw. aus sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen. Der Newsletter der DGSP erreicht aktuell 2.200 Leser. Darüber hinaus stellt die DGSP tagesaktuelle Informationen auf Facebook und Instagram zur Verfügung.

Fachtagungen

Eine finanzielle Unterstützung der von der DGSP angebotenen Fachtagungen findet wenn überhaupt nur sporadisch und dann in einem geringfügigen Umfang statt. Dies stellt eine große Herausforderung bei der Veranstaltungsplanung dar und erfordert intensive Suche nach kreativen und kooperativen Lösungen. Dank der solidarischen Haltung auf

Seiten der Referent:innen und anderer Beteiligter sowie der vielfältigen Kooperationen zum Beispiel mit Hochschulen und befreundeten Verbänden ist es bislang gelungen, die Veranstaltungen auch ohne staatliche Unterstützung durchzuführen. Unser Bemühen geht auch weiterhin in die Richtung, sozial verträgliche Eintrittspreise bei den DGSP-Tagungen und DGSP-Fachgesprächen ONLINE zu ermöglichen.

Für die DGSP-Geschäftsführung

Patrick Nieswand

Kurzbericht der DGSP-Stiftung für Soziale Psychiatrie

Das zweite Halbjahr 2024 und die ersten Monate des Jahres 2025 waren für die Stiftung vergleichsweise recht erfolgreich:

- Die Stiftungsveranstaltung zur Jahrestagung in Freiburg, der Film über den „Club 55“ in Freiburg und die anschließende Diskussion hat den ca. 80 Menschen gut gefallen.
- Die Präsenz der Stiftung bei der Tagung des FA-Sucht am 20./21. Februar in Leipzig war auch ein guter Anfang.
- Insgesamt zeigte die Präsenz der Stiftung, auch mit unserem Brief in der „Sozialen Psychiatrie“ anscheinend Wirkung:
- So haben wir im Jahr 2024 ca. 9.500,00 € an Spenden erhalten, wobei eine „Großspende“ in unseren Kapitalstock überführt wurde.
- In den ersten drei Monaten 2025 haben wir ca. 3.700,00 € an Spenden erhalten, inklusive einer Zustiftung von 500,00 €.

Für das Jahr 2025 planen wir:

Den Klaus-Dörner-Preis auszuloben. Wir haben eigentlich vor, uns hierbei auf Aspekte innovativer Aus- und Fortbildungen zu konzentrieren. Es gibt auch schon einige Bewerbungen, aber immer noch zu wenige.

Wir werden wieder auf der Jahrestagung in Leverkusen vertreten sein. Wir werden eine Veranstaltung zum Thema 50 Jahre Psychiatrie-Enquête durchführen. Es gibt einen kleinen Vortrag von CRW zum gesellschaftlichen politischen Umfeld der frühen Psychiatriereform. Danach ist eine Diskussionsrunde geplant zwischen Oldies und Newcomern in der Psychiatrie.

Darüber hinaus arbeiten wir weiter an unserem öffentlichen Auftritt. Das bedeutet:

- Erstellung von Informations- und Werbematerial
- Erarbeitung unseres Internet-Auftritts

Zum Schluss noch ein Resümee und eine Aufforderung:

Meines Erachtens war es schon ein guter Anfang mit dem Relaunch der Stiftung, aber eben nur ein Anfang.

Wir müssen besser werden!

Die DGSP-Stiftung für Soziale Psychiatrie ist eine kleine Stiftung, die keinen nennenswerten Kapitalstock besitzt, aus dessen Erträgen die Zwecke der Stiftung erfüllt werden können. Wir sind dringend auf Spenden angewiesen, um unsere Arbeit machen zu können. Nach meiner Schätzung benötigen wir mindestens 10.000,00 € an Spenden pro Jahr! Das kann ich, CRW und der Beirat nicht allein schaffen.

Dies bedeutet, dass ein Engagement für die Stiftung vom gesamten DGSP-Bundesvorstand, den Vorständen der Landesverbände, Koordinator:innen der Fachausschüsse und sämtlichen Mitgliedern der DGSP ausgehen muss, mit dem Ziel, die Stiftung bekannt zu machen und Spenden einzuwerben. Deshalb:

- **Spendet selbst!**
- Teilt der Stiftung immer schon in der Planungsphase mit, wenn Ihr Tagungen veranstaltet, damit die Stiftung (über kleine Beträge) Euch unterstützen und Werbung auf der Tagung machen kann.
- Werbt bei Euren Mitgliedern und Sympathisant:innen „vor Ort“ um Spenden.
- Werbt gerade auch bei Organisationen und Firmen etc. um Spenden. Zum Beispiel: Auch gemeinnützige Organisationen, besonders die, die Mitglied in der DGSP sind, können spenden und die Spenden steuerlich geltend machen.

Wir sind dabei, hierzu die entsprechenden Informationen aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Die neuen Flyer sind ein erster Anfang. Es wird bald mehr geben.

Christian Reumschüssel-Wienert

Bericht der Sozialen Psychiatrie - Rundbrief der DGSP

Die Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ erschien auch im Zeitraum 2022 bis 2025 vierteljährlich und hat sich weiterhin als anerkannte Fach- und Verbandszeitschrift etabliert. Neben den DGSP-Mitgliedern, für die der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, liegt die Zahl der Einzel- und Austauschabonnent:innen stabil bei rund 812. Auch außerhalb der DGSP wird die Zeitschrift nach wie vor stark nachgefragt.

Redaktion und Geschäftsstelle

Das bewährte, ehrenamtlich arbeitende Redaktionsteam bestand unverändert aus:

- Astrid Delcamp (Berlin)
- Ilse Eichenbrenner (Berlin)
- Martin Osinski (Neuruppin)
- Ilja Ruhl (Berlin)

Für Redaktionsleitung, Koordination und Herstellung waren in der DGSP-Geschäftsstelle verantwortlich:

- Thomas Müller (Leipzig)
- Birthe Ketelsen (Köln)
- bis 2024 auch Marie Schmetz (Köln)

Nach dem Ausscheiden von Marie Schmetz sowie während der Elternzeit von Birthe Ketelsen musste die Geschäftsstelle zeitweise mit einer personellen Vakanz umgehen. Diese wurde von den Kolleg:innen aufgefangen; den größten Teil der Mehrarbeit übernahm Thomas Müller.

Redaktionssitzungen und Arbeitsweise

Die Redaktionssitzungen bilden weiterhin das Herzstück der Arbeit. Sie finden viermal jährlich an den Wohnorten der Redaktionsmitglieder statt. Pandemiebedingt wurden sie zeitweise online abgehalten; inzwischen gibt es keine reinen Onlinesitzungen mehr, bei Bedarf werden Sitzungen jedoch im Hybrid-Format durchgeführt, um allen Beteiligten die Teilnahme zu ermöglichen.

In den Sitzungen werden die Themenschwerpunkte geplant, Manuskripte beurteilt und

potenzielle Autor:innen gewonnen. Pro Jahrgang erscheinen in der Regel zwei Themenhefte, ein Mix-Heft und das Heft zur Jahrestagung. Das jeweils nächste Schwerpunktthema wird im vorhergehenden Heft angekündigt.

Darüber hinaus gibt es in fast jedem Heft auch Raum für außerplanmäßige Beiträge, sofern sie rechtzeitig vor Redaktionsschluss eintreffen und möglichst frühzeitig angekündigt werden. Neben den gezielt angefragten Artikeln erreichen die Redaktion regelmäßig auch zahlreiche unaufgeforderte Texte. Auch wenn nicht alle Einsendungen veröffentlicht werden können, freut sich das Team über diese Resonanz. Beiträge, Leserbriefe, Fotos, Zeichnungen und Bilder sind nach wie vor sehr willkommen und tragen zur Vielfalt und Lebendigkeit der Zeitschrift bei.

Themenschwerpunkte und Hefte

Die stärkere inhaltliche Fokussierung auf Themenhefte hat sich bewährt. Pro Jahrgang erschienen zwei Themenhefte, ergänzt durch ein Mix-Heft und das Heft zur Jahrestagung. Die Hefttitel sind zunehmend pointiert gewählt, um stärkeres Interesse bei der Leserschaft zu wecken.

Themenhefte 2022–2025:

- 01/2022: Partizipation
- 02/2022: Jahrestagung 2021 – „Was macht uns stark?“
- 03/2022: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- 04/2022: Zukunft der Sozialpsychiatrie
- 01/2023: Krisen (Klima, Krieg, Pandemie, Armut)
- 02/2023: Jahrestagung 2022 – „Systemfehler?“
- 03/2023: Sommermix
- 04/2023: Arbeit und Beschäftigung
- 01/2024: Kunst und Kultur
- 02/2024: Jahrestagung 2023 – Armut und Ausgrenzung
- 03/2024: Psychiatrie kontrovers

- 04/2024: Cannabis – regulierte Realitäten
- 01/2025: Sozialpsychiatrisch denken und handeln in der Pflege
- 02/2025: Jahrestagung 2024 – Fremde Nachbarschaften

Rubriken und Serviceteil

Neben den thematischen Beiträgen, zu denen auch Artikel zur Psychiatriegeschichte und Kunst und Kultur gehören, versteht sich die Soziale Psychiatrie als Sprachrohr der DGSP, u.a. mit festen Rubriken wie „Neues aus der DGSP“ und „Was macht eigentlich...“, Berichten von Tagungen und Veranstaltungen der DGSP und Interna wie Beiträgen zu Jubiläen oder Nachrufe. Der Serviceteil mit Tagungskalender, Veranstaltungsankündigungen, Kurzmeldungen, Rezensionen, Nachrichten aus dem Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie, „Psychiatrie medial“ blieb ein wichtiger Bestandteil, ergänzt u.a. durch die neue Rubrik „Bewunderlich“.

Fazit:

Die „Soziale Psychiatrie“ konnte ihre Rolle als DGSP-Verbandszeitschrift und als vielgelesene Fachzeitschrift auch von 2022 bis 2025 behaupten.

Die Herausforderungen durch personelle Engpässe in der Geschäftsstelle konnten u.a. durch den Einsatz von Thomas Müller bewältigt werden.

Die systematische Arbeit in den Redaktionssitzungen, die stärkere Gewichtung von Themenheften sowie die Offenheit für unaufgeforderte Beiträge erwiesen sich als wesentliche Erfolgsfaktoren.

Für die Redaktion

Thomas Müller

Birthe Ketelsen

Berichte der DGSP-Fachausschüsse

Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung

1. Organisation, Aufbau, Vorsitzende/ Sprecher:innen, Mitgliederentwicklung

Der seit 2005 tätige Fachausschuss Arbeit hat derzeit rund 15 aktive Mitwirkende. Ein bis zweimal jährlich finden in wechselnden Institutionen oder Einrichtungen des Bereiches Arbeit / berufliche Rehabilitation die Fachausschusstreffen statt, die nach Möglichkeit zugleich einen Bezug zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Fachausschusses haben sollten. Darüber hinaus gibt es mindestens zwei Online-Treffen im Jahr. Die Sitzungen dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie bei Präsenz der Vorstellung der gastgebenden Einrichtung, ferner werden aktuelle Themenkomplexe rund um das Thema Arbeit erörtert und Arbeitsaufträge des DGSP-Vorstandes bezogen auf die Themen Arbeit und Beschäftigung bearbeitet. Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit, sich in den aktuellen E-Mail-Verteiler aufnehmen zu lassen und auf diesem Wege Mitglied des Fachausschusses zu werden. Der Verteiler umfasst ca. 100 Adressen. Weiterhin werden praxisnahe Handreichungen, zum Beispiel zum Thema Zuverdienst, oder Denkanstöße erarbeitet und alle zwei Jahre ein Fachtag zum Thema Arbeit organisiert.

Im Sprecherkreis des Fachausschusses arbeiten Marc Fesca, Michael Schweiger und Manfred Becker.

2. Arbeitsschwerpunkte

Kernthemen sind die institutionellen Leistungsangebote im Bereich Teilhabe an Arbeit und berufliche Rehabilitation.

3. Veranstaltungen/ Aktivitäten

Im Jahr 2023 fand ein Fachtag in Magdeburg statt: "Arbeit - Immer noch das halbe Leben?" 2025 einer in Köln: „Inklusion rockt Betriebe“. In den letzten Jahren hat sich der Fachausschuss in Mainz, Magdeburg und Köln getrof-

fen und mehrmals jährlich digital. Inhaltliche Schwerpunkte waren: Die Vor- und Nachbereitung der Fachtage und besonders das Thema der sozialpolitischen Entwicklung im Bereich Arbeit und Beschäftigung, also die Auswirkungen des BTHG durch Budget für Arbeit, Andere Leistungsanbieter, Werkstätten, reha-pro und die Zukunft des Zuverdienstes.

Die Mitglieder des Fachausschusses haben mehrere Beiträge zu einem Schwerpunkttheft der „Sozialen Psychiatrie“ beigesteuert und einen Denkanstoß „Gute Arbeit für wirklich alle“ erarbeitet.

Für den FA Arbeit und Beschäftigung:

Marc Fesca

Kontakt

Marc Fesca (Sprecher)

Pfeiffersche Stiftungen Magdeburg

E-Mail: marc.fesca@pfeiffersche-stiftungen.de

Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)

Die DGSP hält weiterhin ein breit gefächertes Angebot an sozialpsychiatrischen Fortbildungsmöglichkeiten bereit. Vielzahl und Vielfalt des Angebots bedürfen der Koordination und der fachlichen Begleitung. Der erweiterte Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) nimmt diese anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe wahr. Die Treffen der beteiligten Personen finden nach Möglichkeit zweimal jährlich statt. In dem Gremium arbeiten bzw. arbeiteten Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen DGSP-Weiterbildungen mit und repräsentieren so die aktuellen Bildungsschwerpunkte der DGSP:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung regional
- Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung (G-FAB)
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen
- Sozialpsychiatrische Online-Seminare

Der regelmäßige Austausch über den Entwicklungsstand und den Verlauf der Fortbildungen stellt einen festen Bestandteil der Arbeit dar. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit der Frage, welche Fortbildungsbedarfe der aktuelle Entwicklungsstand der Psychiatrie nach sich zieht beziehungsweise welche Fortbildungsangebote notwendig und geeignet sind, eine Entwicklung der psychiatrischen Landschaft im Sinne einer sozialpsychiatrischen Prägung zu befördern. Die Ergebnisse dieser fachlichen Debatte fließen in die konzeptionelle Fortentwicklung der Weiterbildungen ein.

Zu den Weiterbildungsangeboten im Einzelnen

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Norddeutschland

In den Regionen Hamburg und Lüneburg wird die SPZA erfolgreich angeboten und durchgeführt. Die Kurse enden mit einer Abschlussarbeit, einer Präsentation sowie einem Fachgespräch und führen bei Erfolg zu einem differenzierten Abschlusszertifikat. Die Kurse im Berichtszeitraum wurden geleitet von Marlene Stierl und Till Wölki in Lüneburg sowie Hans-Jürgen Nötzel und Anja Eibner in Hamburg. Die SPZA HH endet im November 2025 mit 20 Teilnehmer:innen. Marlene Stierl hat ihre Kursleitertätigkeit mit dem Lüneburger Kursabschluss 2022 aufgegeben. Diesen Kurs haben 14 Personen erfolgreich abgeschlossen.

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Berlin

Ein Kurs der SPZA in Berlin wurde 2024 mit 14 Teilnehmenden unter der Leitung von Petra Rosmanith und Michael Webers abgeschlossen. Ein Nachfolgeangebot wird derzeit erarbeitet.

- Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung (G-FAB)

Dieses Bildungsangebot zielt darauf, den Fachkräften in Werkstätten sozialpsychiatri-

sches Know-how zu vermitteln, damit ihnen eine optimale Förderung psychisch behinderter Menschen im Rahmen der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Die Weiterbildung bereitet auf einen staatlich geprüften und anerkannten Abschluss vor. Im November eines jeden Jahres startet ein neuer Kurs. Im Berichtszeitraum haben insgesamt 60 Teilnehmende die Weiterbildung be-

sucht oder befinden sich in den laufenden Kursen. Die Teilnehmenden werden zunächst von Ingrid Stumpf, Christian Löbner und Kai Wingert als Kursleitungen und weiteren Fachdozent:innen unterrichtet und durch den Bildungsprozess begleitet. Nach dem Ausscheiden von Wingert und Löbner wurden mit Annika Haas und Johannes Ermes (und wer noch?) sehr gute neue Kursleitungen gefunden, die aus dem Kreis der G-FAB-Absolvent:innen gewonnen werden konnten.

- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter

Diese einjährige Fortbildung wird seit 2006 erfolgreich unter der Leitung von Dr. Friedhelm Schmidt-Quernheim durchgeführt. Die Fortbildung befähigt Mitarbeiter:innen gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote im Umgang mit und in der Begleitung von psychisch kranken Straftätern. Im Berichtszeitraum haben die Kurse 15 in Hamburg mit 19 Teilnehmer:innen und 16 in Köln mit 22 Teilnehmer:innen stattgefunden. Der Kurs 17 läuft derzeit mit 20 Teilnehmer:innen in Leipzig.

- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen und Online-Seminare

Die sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen bieten jährlich bis zu 73 Seminare von ein- bis dreitägiger Dauer mit einem breiten sozialpsychiatrischen Themenspektrum bundesweit an 15 verschiedenen Orten bzw. online an. Die Teilnehmerzahlen waren in den Jahren 2023-2025 bei rund 1.110 Anmeldungen jährlich.

- Einführung in das BEI_NRW

Zur fachlichen Handhabung des Bedarfsermittlungsinstrumentes BEI_NRW im Zusammenhang mit dem BTHG fanden 2023 und 2024 im Rheinland 2 eintägige Schulungen statt mit insgesamt 37 Teilnehmer:innen. Zudem wurden in dem Zeitraum parallel 2 Inhouse-Fortbildungen in Krefeld durchgeführt. Alle Schulungen wurden von Sandra Nicklaus und Fabian Reich geleitet.

Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien

Der BWF-Fachausschuss besteht z.Zt. aus 23 Fachkräften, aus 9 Bundesländern, die die BWF-Teams der einzelnen Regionen in ganz Deutschland vertreten, so wie einem Kollegen aus der Schweiz. Zwischenzeitlich gab es einen kurzen Kontakt zu einem Team aus Österreich. Die Kontakte nach Belgien und Italien sind sehr sporadisch oder ruhen. Die Teams betreuen Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe mit folgenden Schwerpunkten:

- geistige Beeinträchtigungen
- seelische Beeinträchtigungen
- Sinnesbeeinträchtigungen
- Suchterkrankungen
- gerontopsychiatrische Beeinträchtigungen

Die Arbeitstreffen haben sich verändert. Jährlich finden zwei Sitzungen des Fachausschusses als Onlineveranstaltung statt. Eine Sitzung in Präsenz hat sich auf zwei Tage erweitert und findet als Klausurtagung an unterschiedlichen Orten in Deutschland statt. Je nach Bedarf gibt es weitere Onlineveranstaltungen.

Um ein effektiveres Arbeiten zu ermöglichen, wurden 2024 erstmalig Arbeitskreise gebildet.

Vom 27.09.- 29.09.2023 richtete die WoBe AG in Bern (CH) die Jahrestagung aus. Tagungsthema: „Transformation“.

Die Jahrestagung 2024 fand vom 26.09.2024 – 28.09.2024 in Dortmund statt. Ausrichter war das BWF-Team des LWL Wohnverbundes Dortmund-Hemer. Veranstaltungsort war die LWL-Klinik in Dortmund-Appelbeck.

2025 findet keine Jahrestagung statt. Es wird immer problematischer Teams und auch Träger zu finden, die sich dazu bereit erklären eine Jahrestagung auszurichten. Allerdings wird der Fachausschuss im Rahmen der diesjährigen DGSP-Tagung einen Workshop zum BWF anbieten.

Zu den Arbeitsschwerpunkten

gehörte weiterhin die Auseinandersetzung mit dem BTHG; insbesondere der Abschluss von BTHG-konformen Vereinbarungen auf Grundlage der Landesrahmenverträge der einzelnen Bundesländer. In einigen Bundesländern liegen diese noch nicht vor. So werden

unzulässigerweise bestehende Vereinbarungen immer mitunter immer weiter verlängert.

- Durchführung zukünftiger Jahrestagungen
- Öffentlichkeitsarbeit
- BWF anders denken und zukunftsorientiert gestalten
- Gewaltschutz
- Qualitätssicherung
- Homepage: Die neu gestaltete Homepage des BWF-Fachausschusses wird gut frequentiert. Es gibt wesentlich mehr Anfragen.

Themen, die den Fachausschuss wiederkehrend begleiten, sind

- Unterschiedliche Finanzierung des BWF in den einzelnen Bundesländern, inkl.
- Finanzierung der BWF-Teams
- Akquise, Neuanwerbung von Familien
- Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Bundestagung
- Ausweitung des BWF inkl. Coaching neuer Teams
- Eruierung der Tätigkeiten der BWF-Teams in den einzelnen Regionen
- Klärung von Fachfragen
- „Behördenwillkür“ bei Bewilligungen von Sozialleistungen
- Führungszeugnisse
- Evaluation

→ Rechtsfragen beschäftigen den Fachausschuss immer wieder, da das BWF nie mitgedacht wird und immer eine spezielle Lösung erfordert. So ist manchmal nicht klar, ob frühere Zusagen (die 10 Jahre und älter sind) auch weiterhin ihre Gültigkeit haben. Z.B. der Bezug von Wohngeld, Anrechnung von Einkommen der GF, bei Bezug von Sozialleistungen.

2024 sind die Standards des BWF sind aktualisiert worden, die Konzeption und die Geschäftsordnung wurden überarbeitet.

Die gemeinsame Arbeit im Fachausschuss stellt weiterhin wieder eine Herausforderung dar, weil es, insbesondere bei der Finanzierung des BWF, keine bundeseinheitlichen Regelungen gibt. Von Einzelfallentscheidungen der Landratsämter über festgelegte Aufwendungspauschalen für die Gastfamilien durch

Landschaftsverbände und/oder über das Persönliche Budget für die betroffenen Menschen, sind immer viele Varianten möglich und müssen in zeitintensiver Arbeit zum Teil immer wieder neu verhandelt werden. Hinzu kommt, dass die Tätigkeit der Fachdienste entweder einer pauschalierten Finanzierung unterliegt oder die Leistungen im Rahmen von Fachleistungsstunden (Assistenzstunden) abgegolten werden.

Als Beispiel sind hier die großen Landesverbände in NRW zu nennen. Der LWL finanziert das BWF pauschal, der LVR klientenzentriert über Fachleistungsstunden.

Der Fachausschuss vertritt hier klar die Lösung, dass das BWF aus verschiedenen Gründen nur als pauschalfinanziertes Angebot fachlich und inhaltlich sinnvoll zu gestalten ist.

Weiterhin ist unverständlich, weshalb es in Bezug auf Deutschland ganze Bundesländer

ohne BWF gibt. Hier wäre unter Umständen die Bereitschaft der Leistungsträger der erste Schritt auch entsprechende Leistungserbringer zu motivieren das Feld zu betreten. Der Fachausschuss steht hier dem Grunde nach für Beratung aller Seiten zur Verfügung.

Petra Pilath

Thomas Eisert

Sprecher:innen BWF-Fachausschuss

Bericht – Fachausschuss Forensik

Im Zeitraum 2002 bis 2025 tagte der Fachausschuss Forensik der DGSP jährlich vier Mal, deutschlandweit, immer von freitags Nachmittag bis Samstagmittag. Durchschnittlich nahmen 16 Personen an unseren Sitzungen teil.

Inhaltlich befassten wir uns insbesondere um folgende Themen:

- Corona im Maßregelvollzug, insbesondere die Auswirkungen auf die untergebrachten Personen
- Unser Transformationspapier wurde in dieser Zeit entwickelt und veröffentlicht. Im genannten Zeitraum wurden eine Vielzahl von Sitzungen und Veranstaltungen besucht und Gespräche geführt, um das Transformationspapier zu verdeutlichen

und um in den Austausch zu kommen.

- Der §4 des Pflegeberufegesetz, Vorbehaltstätigkeit, wurde im Bezug auf den Maßregelvollzug näher durchleuchtet und es wurden mehrere Gespräche diesbezüglich geführt
- Auch Informationen von der Pflegekammer in Bezug auf den Maßregelvollzug kamen zur Sprache
- Zwei Exkursionen durchgeführt, jeweils zwei Tage um den Maßregelvollzug in den Ländern Holland und Österreich näher kennen zu lernen.
- Die gravierenden Überbelegungen im Maßregelvollzug wurden thematisiert, auch im Hinblick auf den Personalmangel
- Die Forderung zum „Stopp von Neubauten von Maßregelvollzugseinrichtungen“ wurde verschriftlich und veröffentlicht.
- Wir feierten unser 10jähriges Jubiläum im NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit der Ministerialrätin für den Maßregelvollzug Frau Hommel.
- Die Situation im Berliner Maßregelvollzug wurde durch uns intensiv beobachtet und wir verfassten einen offenen Brief an die entsprechenden Stellen
- An den DGSP-Jahrestagungen beteiligten wir uns zumeist aktiv und waren zahlreich dort vertreten.
- Für das Jahr 2026 planen wir eine Fachtagung

Neben unseren fachlichen Themen haben wir immer wert daraufgelegt, dass am Abend nach dem ersten Sitzungstag, noch gemeinsam zu Abend gegessen, gemütlich zusammengesessen wurde.

Michael Hechsel

Sprecher

FA Forensik

www.forensik.de

Fachausschuss Forschung

DGSP Forschungspreise

Der Fachausschuss Forschung der DGSP widmet sich vorrangig der Ausschreibung, Organisation und Durchführung des sozialpsychiatrischen Forschungspreises sowie des Nachwuchspreises.

Seit 1998 verleiht die DGSP alle zwei Jahre einen Forschungspreis, seit 2012 zusätzlich einen Nachwuchspreis. Ziel ist es, die Sichtbarkeit sozialpsychiatrischer Forschung zu erhöhen und Wissenschaftlerinnen auszuzeichnen, die sich aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven mit aktuellen, sozialpsychiatrisch relevanten Forschungsfragen beschäftigen. Jede Ausschreibungsrunde verdeutlicht auf Neue die Vielfalt, Aktualität und Innovationskraft der sozialpsychiatrischen Forschungslandschaft. Um diesem Spektrum gerecht zu werden, sind beide Preise methodenoffen und multiprofessionell ausgerichtet.

Für die Verleihung der beiden Preise hat der Fachausschuss Forschung in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der DGSP ein klares, transparentes und demokratisches wissenschaftliches Regelwerk entwickelt.

Die prämierten und nominierten Arbeiten werden im Rahmen der DGSP-Jahrestagung sowie im ForschungsforumONLINE vorgestellt und diskutiert. Durch die Veröffentlichung auf der DGSP-Homepage wird zudem die Kontaktaufnahme und Vernetzung insbesondere mit Nachwuchswissenschaftler:innen erleichtert. Ziel ist es, den wichtigen Austausch zwischen Forschung und Praxis zu intensivieren. Nachwuchsforschende sollen ermutigt werden, ihre Forschungsergebnisse auch in sozialpsychiatrischen Einrichtungen oder bei fachlichen Treffen vorzustellen und zu diskutieren.

Der sozialpsychiatrische Forschungspreis ist mit 3.500 Euro, der Nachwuchspreis mit 1.500Euro dotiert. Möglich wird dies durch die Unterstützung zahlreicher Sponsorinnen. Die aktuelle Sponsorenliste ist im Ausschreibungstext aufgeführt.

Den DGSP-Forschungspreis 2024 erhielt die Forschergruppe um Andreas Bechdorf für die AKTIV-Studie zur aufsuchenden Krisenbehandlung im Rahmen der Stationsäquivalenten psychiatrischen Behandlung (STäB).

Der DGSP-Nachwuchspreis 2024 ging an Hendrik Meyer für seine Bachelorarbeit mit

dem Titel „Identifikation von prozeduralen Handlungsregeln für krankenpflegende Teams in klinisch-psychiatrischen Gefährdungssituationen“.

Erfahrungsexpertise

Ein wichtiges Anliegen des Fachausschusses ist das Einbeziehen von

Erfahrungsexpertise in der sozialpsychiatrischen Forschung. Erfahrungsexpertinnen verfügen neben ihrer wissenschaftlichen und fachlichen Expertise über einen eigenen Erfahrungshintergrund als Nutzerinnen psychiatrischer Angebote. Der Fachausschuss setzt sich aus Personen mit und ohne eigene Psychiatrieerfahrung zusammen. Darüber hinaus ist die Erfahrungsexpertise auch in der externen Jury des Forschungs- bzw. des Nachwuchspreises durch Expert*innen in eigener Sache vertreten.

Dem Fachausschuss Forschung gehören derzeit 19 Mitglieder aus unterschiedlichen Praxisfeldern und Disziplinen an.

Sozialpsychiatrisches Doktorand*innenkolloquium

Im Jahr 2010 initiierte der DGSP-Fachausschuss Forschung ein bundesweites Sozialpsychiatrisches Doktorand*innenkolloquium in Kooperation mit der Klinik für Psychiatrie der Charité am Campus Mitte (Leitung: Dr. Stephanie Schreiter) und verschiedenen Hochschulen (z.B. Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Alice Salomon Hochschule Berlin, Institut für Rehabilitationswissenschaften der HU Berlin, Universität Ulm, Universität Leipzig u.a.). Das Kolloquium zielt darauf, Promovierenden unterschiedlicher Fachrichtungen, wie etwa Soziale Arbeit, Pflegewissenschaft, Psychologie, Medizin, Soziologie etc., ein Forum zur Vorstellung und kritischen Diskussion von Promotionsvorhaben zu bieten. Darüber hinaus fördert es die Vernetzung der Promovierenden sowie den fachlichen und methodischen Austausch, insbesondere in Form kollegialer (Peer)Beratung. Das Kolloquium findet zweimal jährlich online statt.

Kontakt aufnehmen

Wenn Sie Interesse an einer Mitarbeit im Fachausschuss Forschung oder an der Teilnahme am Sozialpsychiatrischen Doktorand*innenkolloquium haben, freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme per E-Mail.

Sprecherin für den Fachausschuss Forschung:
Prof. Dr. Silvia Krumm
silvia.krumm@medizin.uni-leipzig.de

Co-Sprecherin für den Fachausschuss Forschung:

Dr. Lea Mayer
lea.mayer@uni-ulm.de

Fachausschuss Kunst und Kultur

Wir hatten Anfang des Jahres ein Präsenztreffen in Frankfurt, das uns als Team gut tat. Dort stand u.a. mal wieder Teilhabe auf der Tagesordnung. Die Wichtigkeit des Themas, gerade auch was die Finanzierbarkeit von künstlerischen Ansätzen und kultureller Teilhabe angeht, ist inzwischen definitiv bei allen angekommen. Die Frage ist weiter, wie wir Problematik und Chancen von Kunst und Kultur in und für die Psychiatrie stärker thematisieren können. Es gibt die Überlegung einen Preis, vielleicht in Form eines Kunstwerks, auszusetzen. Auf der Jahrestagung bieten wir einen Arbeitskreis an, in dem wir über die Ergebnisse unserer Arbeit informieren und uns austauschen wollen.

Am 09. Mai gab es die Möglichkeit, an einem Symposium zu künstlerischen Therapieangeboten in der Psychiatrie in der Klinik Hennigsdorf teilzunehmen. Entgegen der Ankündigung eines „Dialogischen Austauschs zu Kunst-, Tanz-, Musiktherapie“ gab zwar wenig Austausch, aber der Vortrag der Musiktherapeutin und das Tanzen waren gut. Das Highlight war aber, die revolutionäre Kraft des Ensembles „Theater der Verrückten“ erleben zu können, das von Stefan Antzack, dem bisherigen Sprecher des Fachausschusses, geleitet wird. Zunächst gab es ein paar Lockerungsübungen, bei denen schon die Frage von möglichen Änderungen bei Machtverhältnissen gestellt wurde. In einem dann nur von den Ensemblemitgliedern gespielten Zukunftsszenario hatte ein Roboter die Leitung einer Psychiateriestation inne. Nachdem die Szene zunächst im gut getexteten Original aufgeführt wurde und sowohl für Beklemmung als auch für einige Lacher sorgte, wurde sie dann durch Intervention einer Zuschauer-Intendantin im Spiel verändert.

Der Fachausschuss wird sich jetzt u.a. mit dem Thema Neurodiversität auseinandersetzen, zunächst ungefähr entlang der Linie „Warum Künstler so oft neurodivers und psychisch Kranke so oft künstlerisch begabt sind“. Dazu hatten Mitglieder des Fachausschusses sich auch schon in das Fachgespräch „Literatur und Neurodiversität“ der DGSP eingebracht, das von Jan Kruse, Autor von „Psychedeli-scher Realismus: Halluzination, Neurodiversität und Phantastik in Prosatexten (1900–1950)“ angeregt worden war.

Eva Martin
Sprecherin des Fachausschusses

Fachausschuss „Netzwerk: Psychiatrie ohne Gewalt“ (NPOG)

Sprecher: Wassili Hinüber, Stellvertreter: Stephan Debus

Der Fachausschuss NPOG wurde November 2017 zur Unterstützung der DGSP-Mandats-trägerschaft bei den AWMF-Konsensusgesprächen zur DGPPN-S3-Leitlinie „Verhinderung von Zwang – Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen“ gegründet. Folgende Aktivitäten und Publikationen wurden getätigt und in zahlreichen Treffen und Online-Konferenzen des NPOG vorbereitet oder durchgeführt:

1. Konsensusgespräche (Stephan Debus – DGSP-Mandatsträger):

Vertretung der DGSP bei den Konsensusgesprächen (2018), dokumentiert in der Langversion der S3-Leitlinie.

2. Publikation:

Debus S. Über das verfügbare Wissen in der S3-Leitlinie zur "Verhinderung von Zwang". Soziale Psychiatrie 2018; 42 (4): 31-34.

Schwerpunkt: Würdigung und kritische Einschätzung der S3-Leitlinie.

- Die S3-Leitlinie legt den skandalösen Mangel an Forschung zu wichtigsten Fragen der Reduktion von Zwang und Gewalt offen.
- Die S3-Leitlinien verfügen über keinen Begriff von „Struktureller Gewalt“, obwohl es hierzu hinreichend Forschung gibt.

- Die in der Fachwelt vielfältig entwickelten Ansätze zur Reduktion von Zwang zeigen über die Leitlinien auf evidente Weise, dass Zwangsmaßnahmen weder angemessen noch notwendige Reaktionen auf aggressives Verhalten sind, wenn diese Ansätze ignoriert werden.

3. Vortrag: auf der DGSP-Jahreshauptversammlung in Bremen November (2021)

Debus, S.: Vermittlung und Diskussion der Inhalte in Publikation (siehe 4).

4. Publikation:

Debus S. Der "aggressive Risikopatient" - als Konstrukt. Soziale Psychiatrie 2022; 46 (2): 8-12.

Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit patientenunabhängigen Einflussfaktoren auf das Vorkommen von Gewalt und Zwang in geschlossenen Stationen. Zu den gewaltbegünstigenden Einflussfaktoren gehören u.a.: Risikoleitung und fehlende Ressourcen, mangelnde Kohärenz und Impulskontrolle der Teams, unzureichende Architektur in Medzincontainern, Trainingsdefizite, negative Reziprozität, informeller Zwang und Fehlanreize.

5. Klinikbesuche: (in wechselnder Beteiligung: Doris Steenken, Kolja Heumann, Sabine Meier, Annet Hornbach, Helge Tholen, Karin Haen, Patrick Nieswand, Petra Rosmanith, Hendrik Meyer, Patrizia di Tolla, Stephan Debus, Wassili Hinüber):

in sechs psychiatrischen Good-Practice Kliniken mit vergleichsweise zwangsfreier Behandlungspraxis. In den Jahren 2021-2024. Zwei Besuche wurden wg. der Coronakrise online als DGSP-Fachgespräche öffentlich durchgeführt. Während der Besuche wurde zu Vergleichszwecken ein konstanter und strukturierter Fragenkatalog abgearbeitet und für die folgende Publikation (6) ausgewertet.

6. Publikation:

Debus S, di Tolla P, Meyer H, Hinüber W. Klinische Allgemeinpsychiatrie ohne Zwang. Soziale Psychiatrie 2024; 48 (4): 38-41.

Schwerpunkte und Message:

- vergleichende Erfahrungsberichte aus sechs Klinikbesuchen
- eine psychiatrische Praxis mit vergleichsweise zwangsfreier Behandlung ist möglich aber aufwendiger. Geld stünde ausreichend zur Verfügung, wenn es der politische Wille zulassen würde.

- Der Fachausschuss NPOG stellt den entwickelten Begriff „vergleichsweise zwangsfrei“ zur Diskussion: Eine Klinik arbeitet dann vergleichsweise zwangsfrei, wenn ihr Beitrag zum staatlichen (polizeilichen) Zwang kleiner oder gleich Null ist; d.h. wenn 1. das intraklinische Vorkommen von psychiatrischen Zwangsmaßnahmen (Fixierung) kleiner ist als das polizeiliche gemeldete extraklinische Vorkommen häuslicher Gewalt des zugehörigen Versorgungsgebietes und 2. wenn darauf verzichtet wird, Fixierungen durch andere Zwangsmaßnahmen oder Verlegungen zu kompensieren.

7. Workshop (Stephan Debus, Patrizia di Tolla, Wassili Hinüber):

auf der DGSP-Jahreshauptversammlung in Freiburg (November 2024)

Schwerpunkte: Vermittlung und Diskussion der Publikation (siehe 5).

- Konzept „vergleichsweise Zwangsfreiheit“
- Erfahrungsberichte aus den Klinikbesuchen

8. Publikation:

Meyer H, di Tolla P, Debus S, Hinüber W. Bericht eines Besuchs der Psychiatrie in Triest. Soziale Psychiatrie 2025; 49 (1): 34-38.

Schwerpunkte: Details zur vergleichsweise zwangsfreien Behandlungspraxis in einem psychiatrischen System, in dem Zwangsfixierungen verboten sind.

Ausblick

9. BGSP-Workshop Juni 2025: (Stepahn Debus, Hendrik Meyer, Patrizia di Tolle, Wassili Hinüber)

Wiederholung des Freiburger Workshops auf einem Wotrkschop (Juni/ 2025) der Berliner BGSP.

10. Konsensusgespräche: (Stephan Debus, Wassili Hinüber):

Ab April 2025: erneute Teilnahme an den update Konsensusgesprächen zur DGPPN-S3-Leitlinie „Verhinderung von Zwang..“. Mandatsträger: Stephan Debus, Stellvertreter: Wassili Hüüber.

(bisheriges) Ziel: Einbringen der Themen:

- Update der Leitlinienempfehlungen
- Einbringen des vernachlässigten Themas

„Strukturelle Gewalt“.

- Einbringen des vernachlässigten Themas „Informeller Zwang“.
- Ggfs. Nutzung des Rechts auf gesonderte Stellungnahme.

Fachausschuss Non-Compliance und Eigensinn

Ziele/Inhaltliches

Ziel des offiziell im November 2023 gegründeten FA ist die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in psychosozialen und/oder psychischen Notlagen und insbesondere der Menschen, die von den bestehenden Angeboten der Hilfs- und Unterstützungssysteme nicht bzw. nicht mehr erreicht oder von diesen ausgeschlossen werden.

Der FA versteht sich in seiner Arbeit als perspektivenübergreifend, d.h. neben den Erfahrungen und der Expertise psychiatrienerfahrener Menschen sollen dezidiert auch die Perspektiven der in den verschiedenen Einrichtungen und Angeboten der Gemeinde- und Sozialpsychiatrie, der Jugend-, der Sucht- und der Obdachlosen- bzw. Wohnungslosenhilfe arbeitenden Menschen wie auch von Angehörigen und in der Sozialwissenschaft aktiven in den Blick genommen werden, um gemeinsam praktikable Lösungsansätze zu erarbeiten.

I. Mitglieder

Der Verteiler des FA umfasst aktuell 33 Menschen: Neben systemerfahrenen Expert:innen und Betroffenen auch Mitarbeitende aus den Bereichen der Sozial- und Gemeindepsychiatrie, der Jugend-, Alten-, Behinderten-, Wohnungslosen- und Suchthilfe, der Sozialen Arbeit, dem Streetwork und den Sozialwissenschaften.

II. Aktivitäten 2023 - 2025

Bislang fanden seit Gründung des FA gesamt acht Zoo-Sitzungen sowie ein selbstfinanziertes Präsenztreffen am 21./22.03.24 in Hannover statt. Vom 23.07. – 25.07.2025 findet ein weiteres Präsenztreffen in Hannover statt.

III. Sprecher:innenkreis

Sprecher:innen des FA sind Alexandra Flöck (DGSP Rheinland-Pfalz e.V.), Andreas

Geiger (DGSP Rheinland-Pfalz e.V.) und Katharina Alborea (Hessen), Ansprechpartner ist Andreas Geiger.

IV. Aktivitäten

Der FA hat den hauptsächlich durch den FA Sucht gestalteten Fachtag „Survival of the Fittest“ am 20./21.02.2025 in Leipzig mitorganisiert und war dort mit einem Vortrag präsent, ansonsten ist ein Workshop „Lebensspannen in Lebensspannen“ für die Jahrestagung 2025 der DGSP in Leverkusen geplant.

Aktuell arbeitet der FA an einer Selbstdarstellung sowie an einem Positionspapier zum Themenkomplex „Ambulante Behandlungsweisung/Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Krankenhausvorbehalt 1 BvL 1/24 vom 26. November 2024“.

V. Quellen/Papiere

- „Mainzer Initiative“ zur Gründung eines FA Non Compliant (Arbeitstitel) in der DGSP, Fulda 10.05.2023; <https://www.dgsp-ev.de/themen/leben-und-teilhabe/non-compliance-und-eigensinn>
- Antrag an den Bundesvorstand DGSP: Gründung eines „FA Eigensinn und ‚Non Compliance‘, Marburg 16.11.2023.
- FA „Non Compliance und Eigensinn“, Homepage DGSP 2024; <https://www.dgsp-ev.de/fachausschuesse-und-arbeitskreise.html>

Sprecher:innen

Andreas Geiger

Elsa-Brändström-Str. 4

55124 Mainz

E-Mail: geigerschwab@t-online.de

Mobil: 0160 – 98 30 24 68

Alexandra Flöck

E-Mail: floeck.beratung@gmail.com

Katharina Alborea

E-Mail: katharina@alborea@diaknoie.hessen.de

Fachausschuss Psychiatrie 4.0

1. Organisatorische Entwicklungen

Neue Leitung

Im Jahr 2024 übernahm Anne Lück die Koordination des Fachausschusses von Christian Reumschüssel-Wienert (CRW), der weiterhin als aktives Mitglied beteiligt bleibt. Anne Lück fungiert nun als Sprecherin und Kontaktperson für Interessierte (annelueck@posteo.de)

und übernimmt die organisatorischen Aufgaben wie Protokollführung, Terminfindung und Verteilerpflege.

Zusammensetzung und Aktivität

Der Fachausschuss umfasst 15 Mitglieder im Verteiler, wobei regelmäßig 5-8 Personen aktiv an den Sitzungen teilnehmen. Die inhaltliche Leitung wird von Anne Lück gemeinsam mit Katrin Kügler, Christian Reumschüssel-Wienert und Uwe Brohl-Zubert geteilt.

Sitzungsaktivität 2024

Der Fachausschuss traf sich 5 Mal im Jahr 2024:

- 04.03.2024: Übergabe der Koordination
- 13.05.2024: Psychiatriedialog und Rehabilitation
- 12.08.2024: Diskussion des Thesenpapiers zur medizinischen Rehabilitation
- 14.10.2024: Finalisierung des REHA-Papiers
- 11.11.2024: Öffentliche Online-Veranstaltung mit Hr. Plieninger/RESET

Zusätzlich wurde ein Termin am 14.10.2024 vereinbart, um das Thesenpapier rechtzeitig für die DGSP-Jahrestagung in Freiburg fertigzustellen.

2. Hauptthema und Arbeitsschwerpunkt 2024: Medizinische Rehabilitation

Das zentrale Projekt 2024 war die Entwicklung eines Positionspapiers zur medizinischen Rehabilitation psychisch kranker und behinderter Menschen nach einem Entwurf von CRW. Das Papier umfasst:

Kernforderungen:

- Medizinische Rehabilitation als Regelleistung für schwer und langfristig erkrankte Menschen
- Gemeindeintegrierte und kooperative Erbringung im Gemeindepsychiatrischen

Verbund (GPV)

- Ambulant-aufsuchende Angebote nach dem Vorbild der mobilen geriatrischen Rehabilitation
- Aufhebung der Koppelung an "Erfolgsprognose" und problematischer Ausschlusskriterien
- Struktur des Papiers:
- Definition und Zuständigkeiten
- DGSP-Positionen und Grundsätze
- Konkrete Forderungen für SGB V und SGB VI
- Forderung nach harmonisierter Rehabilitationsplanung

Am 11.11.2024 organisierte der Fachausschuss dazu eine öffentliche Online-Veranstaltung mit Andres Plieninger vom Projekt RESET (Mobile medizinische Rehabilitation Stuttgart), die großes Interesse hervorrief und die praktische Umsetzung mobiler psychiatrischer Rehabilitation beleuchtete.

3. Agenda für 2025

Für das kommende Jahr wurden folgende Schwerpunktthemen festgelegt:

Prioritäre Themen:

1. Gemeindepsychiatrische Verbünde und Prävention (Hauptfokus)
2. Weiterarbeit am Papier der psychosozialen Hilfen im Verbund
3. BTHG-Umsetzung und Auswirkungen auf die Gemeindepsychiatrie
4. Psychiatrische Pflege: Situationsanalyse und Versorgungslücken

Weitere wichtige Themen:

- Krisendienste
- Krankenhausstrukturreform
- Input für Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
- Diskussion der Landesrahmenverträge (angesichts häufiger Kündigungen durch Bundesländer)

Erstellt von Anne Lück, 23.07.2025

Bericht Fachausschuss Psychopharmaka 2025

Organisation

- Mitglieder FA PP (DGSP3): 23
- Mitglieder Netzwerk PP (DGSP8): 69
- Sprecherin: Thelke Scholz (thelke.scholz@dgsp-ev.de)
- Thelke Scholz legte im Herbst 2024 die Moderatorinnen-Aufgaben im Fachausschuss-Verteiler und als Sprecherin nieder, sie wird darin von Jan Roscher und Patrick Nieswand vertreten.

Eine neue Sprecher: in wird gesucht.

- Über eine DGSP-FA-interne Task Card können die Mitglieder auf Fach-Informationen sowie Informationen über die Mitglieder, Termine und Protokolle zugreifen. Die Task Card wird von der Sprecher: in gepflegt und kann von den Mitgliedern selbst ebenfalls gefüttert werden.
- Interessent: innen am FA wird ein Fragebogen zugeschickt, über die Aufnahme entscheidet der FA auf der jeweils nächsten Sitzung.
- Der DGSP8 Verteiler wird nicht moderiert. Er soll mit kuratierten Fachinformationen aus dem FA gefüttert werden. Auch hierfür wird eine verantwortliche Person gesucht.

Schwerpunkte der Arbeit

Treffen:

- online: ca. 2 pro Jahr / Präsenz: ca. 1 pro Jahr
- Veranstaltungen
- Fachtag Psychopharmaka 22.09.2023 in Freiburg mit ca. 110 Teilnehmer: innen
- Fachtag Psychopharmaka ist geplant für den 26.02.2026 in Bremen
- Schwerpunkt erstmalig auf Antidepressiva und Neuroleptika.

Publikationen

- Juni 24; Pressemitteilung: „Unbegründete Entwarnung zu Antidepressiva-Entzugssymptomen durch Meta-Studie“
- April 24; Stellungnahme: „In Deutschland werden zu viele Medikamente zur Antidepressionsbehandlung verordnet – Begleitschreiben zum britischen Aufruf Depressiva“

- Broschüre zum Reduzieren und Absetzen von Neuroleptika wird aktuell überarbeitet, federführend von Jann Schlimme, Thelke Scholz und Patrick Nieswand.

Für den FA PP:

Thelke Scholz,

Bremervörde 15.05.2025

Bericht des Fachausschusses Sucht

Der FA Sucht existiert seit den 1970er Jahren und arbeitet in der Regel kontinuierlich in zwei bis drei jährlichen Treffen an aktuellen Themen, die insbesondere sozialpsychiatrische Fragestellungen in Verbindung mit der Versorgung abhängigkeitsgefährdeter und abhängigkeitskranker Menschen betreffen. Er besteht in den letzten Jahren aus zwölf bis vierzehn Mitgliedern aus den Bereichen Eingliederungshilfe, Psychiatrische Klinik und Tagesklinik sowie Rehabilitationskliniken und niedrigschwelligen Hilfen im Drogenbereich. Die Mitglieder kommen aus den Berufsgruppen Sozialpädagogik, Psychologie und Medizin sowie eine Vertreterin der Elternkreise. Sprecher des FA ist Thomas Bader (tb.bader@t-online.de).

Der FA Sucht der DGSP versteht sich als einzige Fachgruppe in der Suchthilfe, die berufsübergreifend arbeitet und Betroffene und Patient*innen aus allen Versorgungsbereichen der Suchthilfe anspricht und sich für ihre optimale Versorgung einsetzt. Leitgedanke ist eine in der Sozialpsychiatrie verwurzelte Haltung, mit den Betroffenen Lösungswege zu finden und gemeindenahе Versorgungsmodelle umzusetzen.

Nachstehend werden die wichtigsten Themen aus den Sitzungen zwischen 2023 und 2025 beschrieben. 2023 unternahm der FA eine Exkursion nach Wien, um sich ein Bild von der dortigen Versorgung suchtgefährdeter und suchtkranker Menschen zu machen und sich mit den Kolleg*innen auszutauschen. Im Oktober 2024 erschien in der Zeitschrift Soziale Psychiatrie (4/24) das Schwerpunktthema Cannabis, das der FA zusammengestellt hat.

Im Februar 2025 hat der FA eine zweitägige Tagung zum Thema „The Survival oft the Fittest“ in Leipzig durchgeführt.

1. Tagungen, Exkursion und Kompendium Cannabis

Am 20.2 und 21.2.2025 hat der FA eine Tagung in Leipzig unter dem Titel „The Survival of the Fittest“ durchgeführt. Die Tagung hat den inzwischen sehr problematischen Umgang mit sogenannten Systemsprengern in den Focus gestellt. In Bezug zu dieser Gruppe ist das Versorgungssystem erodiert. Vor 10 Jahren war die Situation noch eine ganz andere. Die Verantwortung für diese Menschen wird offen in der Gesellschaft, aber auch in Kliniken und von manchen Mitarbeiterinnen abgelehnt. Es herrscht ein Gefühl der Überforderung und ergebnisloser Arbeit.

In neun Vorträgen wurde die Situation auf der Makroebene, der kommunalen Ebene und der individuellen Ebene analysiert und Konsequenzen dargestellt. Beispielhafte Versorgungsansätze wurden aus Leipzig und Hamburg berichtet. In beiden Kommunen werden medizinische und psychosoziale Hilfen bei den Aufenthaltsorten der Betroffenen bereitgestellt und mit umfangreichem Fachpersonal ausgestattet. Ein Lichtblick in der ansonsten verfahren wirkenden Situation der am wenigsten „fitten“ Menschen, die am meisten Unterstützung benötigen.

Im Mai 2023 hat der FA eine Exkursion zur Sucht- und Drogenkoordination Wien unternommen.

Es wurden fünf Einrichtungen der Suchthilfe von niedrigschwellig bis zur stationären Reha-Behandlung besucht und daneben Fachgespräche mit den verantwortlichen Kolleginnen der Wiener Sucht- und Drogenhilfe geführt.

Beeindruckend ist, wie die konzeptionellen Überlegungen von vorhandenen Strukturen und verfügbaren Ressourcen abhängig sind. Die in Wien mit großer Professionalität durchgeführte Koordination der Hilfen, wo Planung und Kostensicherung in einer Hand liegen, faszinieren.

Die von der Koordinationsstelle getroffenen Entscheidungen zu den zugewiesenen Hilfen können von den Hilfeanbietern fachlich akzeptiert werden, weil in Qualitätszirkeln und bei Bedarf auch ein qualifizierter fachlicher Austausch zwischen Leistungsanbietern und Koordinatoren als Leistungsträgern möglich ist. Die vom Leistungsträger konzipierten Module können offenbar über weite Strecken den Hilfebedarf abdecken, der sich aus den initialen Untersuchungsgesprächen mit den Be-

troffenen ergibt. Zudem verfügt die Wiener Sucht- und Drogenhilfe aufgrund des beispielhaften Wiener Wohnungskonzept über günstigen Wohnraum für Betroffene. Eine Übertragung auf bundesdeutsche Versorgungseinrichtungen ist kaum möglich, weil die politischen Strukturen nicht kompatibel sind. Eine beeindruckende Sucht- und Drogenarbeit! Dazu erschien ein Artikel in der Sozialen Psychiatrie (SP 03/2023 S. 48f)

Cannabis: Regulierte Realitäten – Ein sozialpsychiatrischer Blick

Bereits im Vorfeld der Einführung des „Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften“ am 1. April 2024 erschienen zahlreiche pro und contra Beiträge. Der FA Sucht wollte aus sozialpsychiatrischer Perspektive die Wirkung, Vor- und zu bedenkenden Nachteile des Gesetzes beleuchten. Dies geschah in 10 Artikeln in einem Schwerpunktheft Cannabis der Sozialen Psychiatrie (SP 4/2024).

Der FA wollte aus verschiedenen Standpunkten darlegen, warum eine Freigabe für weite Bevölkerungsteile so wichtig ist, wo weiterhin Risiken liegen und was Eltern konsumierender Kinder besorgt. Die Beiträge zeigen, dass eine gesetzliche Regelung immer zu kurz oder zu weit greifen wird, wenn sie die unterschiedlichen Bedürfnisse aus der Gesellschaft regeln möchte. Deshalb wird die Diskussion um das Für und Wider und um die Akzeptanz auch mit der Freigabe nicht beendet werden. Vor allem geht es uns um Betroffene, um Konsumierende, um diejenigen, die ohne Risiko, gegen gesetzliche Regelungen zu verstoßen, Cannabis konsumieren und dabei keinen gesundheitlichen Schaden nehmen. Es geht uns gleichermaßen um Menschen, die Cannabis als Mittel der Wahl zur Kompensation psychischer Erkrankungen im Sinne einer Selbstmedikation nehmen, zum medizinischen Cannabis aber keinen Zugang finden.

2. Maßregelvollzug (MRV)

Der FA hat sich weiterhin mit der bereits seit langem unhaltbaren Situation für suchtkranke Menschen im Maßregelvollzug beschäftigt. In Zusammenarbeit mit dem FA Forensik wurden die Ziele der Diskussion neu gewichtet. Während der FA Forensik die konsequente Abschaffung des § 64 StGB als einzige Lösung fordert, favorisiert der FA Sucht eine Zusammenführung der Hilfeangebote aus MRV und

JVA's. Dies würde den Suchtkranken unmittelbar helfen und mit den unterschiedlicher Hilfen das Hilfespektrum erweitern. Eine stetige Bettenerweiterung im MRV wäre nicht nötig, wenn Suchtkranke gemäß ihres Behandlungsbedarfs versorgt werden könnten und im Anschluss ihrer Haftzeit in der Regelversorgung ihrer Herkunftsregion Betreuung finden könnten. Es war sichtbar, dass eine grundlegende Reform des MRV für Suchtkranke unter Einbeziehung des Strafvollzugs derzeit keine Chance zur Realisierung erhält. Die seinerzeit geplante Tagung für 2023 wurde zunächst zurückgestellt.

3. Versorgungsdefizite, Unterversorgung, regionale Sicherstellung der Versorgung

Diese Thematik beschäftigt den FA Sucht bereits seit 2020. Die Defizite sind größer und dramatischer geworden. Die Bereitschaft von Ärzten, sich an der Substitutionsbehandlung zu beteiligen, nimmt rapide ab. Es fehlt grundsätzlich an offenen Sprechstunden für Abhängige. Zur Sicherstellung einer adäquaten Versorgung sind regulierende Eingriffe notwendig. Die Anzahl vorhandener Entzugsplätze entspricht nicht annähernd der Nachfrage. Immer häufiger brechen Patienten die Behandlungen ab, weil sie der Behandlungsanspruch überfordert oder eine individuelle Berücksichtigung der Problemlagen nicht möglich ist.

Behandlungs- und Versorgungsnetzwerke, die in der Suchtkrankenhilfe Voraussetzung für eine umfassende und gute Versorgung sind, können sich unter dem gegebenen wirtschaftlichen Druck nicht entfalten. Ganze Versorgungsbereiche in Kliniken werden geschlossen, sei es aus wirtschaftlichem Druck oder gravierendem Personalmangel. Hier sind vielmehr neue Modelle der gemeinsamen Bewältigung struktureller Krisen von Nöten. Der FA Sucht will dazu Maßnahmen im Sinne eines Fachtags planen.

Die finanzielle Situation der Kommunen stellt das bestehende Versorgungssystem in Frage. Da es sich in der Regel um Freiwilligkeitsleistungen handelt, stehen die Zuschüsse für Suchtberatungsstellen auf dem Prüfstand. Etwaige Kürzungen werden das Versorgungsangebot weiter schmälern und die Behandlungsqualität einschränken. Frühe Intervention ist unbestritten, gelingt aber bei weiteren Einschnitten nur unzureichend wegen fehlender Vernetzung.

Besonders gravierend hat sich die Situation bei Kindern und Jugendlichen verändert. Stationäre Therapieangebote werden aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen, bestehende werden in ihrem Betrieb reduziert. Gerade die schwierige Gruppe der suchgefährdeten und abhängigen Kinder- und Jugendlichen brauchen konstante verlässliche Zuwendung und Behandlung. Vergütungssätze aus dem Reha-Bereich reichen nicht aus. Krankenkassen lehnen die Behandlungskosten im Sinne einer SGB V Maßnahme ab. Das sind unglaubliche Zustände, Vertreterinnen aus Elternkreisen berichten über die Verzweiflung von betroffenen Eltern, die ihre Kinder nicht zur Behandlung bekommen. Hier muss politische Verantwortung übernommen werden. Der FA wird sich in diesen Versorgungsbereich besonders engagieren.

4. Aktuelle Themen

Der FA nimmt alle in den Einrichtungen der Mitglieder auffallenden Veränderungen, positive und negative, auf und prüft, ob eine Vertiefung des Themas sinnvoll ist und wie sie öffentlichkeitswirksam aufbereitet werden kann, sodass bestenfalls eine Verbesserung eingeleitet werden kann.

Aus diesem Themenbereich stehen auf der Agenda

- Wohnungs- und Obdachlosenhilfe,
- Angebote niedrigschwelliger Hilfen für Drogenabhängige
- Telemedizinische Versorgung für Substituierte
- Kinder aus suchbelasteten Familien

Tübingen, 01.06.2025

Thomas Bader
Sprecher FA Sucht

Bericht des Fachausschuss Wohnen

Der Fachausschuss hat sich zweimal im Jahr zu Unterschiedlichen Themen getroffen. Ein wichtiger Punkt bei jedem Treffen ist der Austausch untereinander. Die unterschiedliche Entwicklung und Herausforderungen in den unterschiedlichen Regionen, in Bezug auf die besondere Wohnform und die Eingliederungshilfe.

Treffen des Fachausschusses Wohnen der DGSP e.V. am 29./30. März 2023 in Leipzig

Am 29. und 30. März 2023 traf sich der Fachausschuss Wohnen der DGSP e.V. in Leipzig. Das Treffen bot Fachleuten aus verschiedenen Regionen Deutschlands die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wohnen und Eingliederungshilfe auszutauschen. Die Teilnehmer berichteten über die Herausforderungen und Fortschritte bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in ihren jeweiligen Bundesländern. Unterschiede im Stand der Umsetzung und spezifische Herausforderungen, wie die Ermittlung von Hilfebedarfen und der Umgang mit psychisch schwer kranken Menschen, wurden intensiv diskutiert.

Treffen des Fachausschuss Wohnen der DGSP e.V. am 12./13. Oktober 2023 in Hamburg

Am 29. und 30. März 2023 traf sich der Fachausschuss Wohnen und hatte neben dem Austausch der unterschiedlichen Regionen zwei Schwerpunkte Themen mit Referenten. Ein Schwerpunkt was geschlossene Unterbringung und ein weiteres Thema war Sucht in besonderen Wohnform. Beide Themen hatten einen großen Praxisbezug mit Vorstellungen von Einrichtungen.

Treffen des Fachausschuss Wohnen der DGSP e.V. am 18./19. April 2024 in Stuttgart

Am 18. und 19. April 2024 fand das Treffen des Fachausschusses Wohnen in Stuttgart statt. Dazu gehörten die Besichtigung der besonderen Wohnform „Haus Sophienstrasse“. Weitere Themen mit Gastrednern war der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV) Stuttgart, der Einblicke in seine vielfältigen Unterstützungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen gab. Und die

Schnittstelle EGH und Pflege die Grenzen, Herausforderungen und Möglichkeiten aufzeigte.

Treffen des Fachausschusses Wohnen DGSP e.V. am 20./ 21. März 2025 in Leipzig

Am 20. März 2025 traf sich der Fachausschuss Wohnen, um über seine zukünftige Ausrichtung zu beraten. Es wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit und der Austausch innerhalb des Ausschusses weiterhin als wertvoll angesehen werden. Wichtig ist dabei eine Verteilung der Aufgaben auf mehrere Mitglieder, um die Arbeit effizienter zu gestalten. Zentrale Themen waren die Zukunft des Fachausschusses, die Arbeitsweise und die Positionierung.

Am 21. März 2025 wurden die Ergebnisse der laufenden PazAng-Studie vorgestellt. Ziel der Studie ist es, Möglichkeiten und Barrieren für die systematische Beteiligung von Angehörigen und Zugehörigen in der psychiatrischen und psychosozialen Behandlung zu untersuchen. Die Studie hebt hervor, dass Angehörige und Zugehörige zentrale Akteure im Behandlungskontext sind, jedoch oft als reine Wissensempfängerinnen statt als Expertinnen ihrer Perspektive wahrgenommen werden

Herausforderungen in der Ausschussarbeit

In den vergangenen Jahren war ein starker personeller Wechsel innerhalb des Fachausschusses zu verzeichnen. Besonders schwer wog der Weggang mehrerer langjähriger Mitglieder, die den Ausschuss über Jahre hinweg getragen und geprägt hatten. Gleichzeitig gestaltet sich die Gewinnung neuer Mitglieder zunehmend schwierig. Dies liegt unter anderem daran, dass viele Interessierte aufgrund fehlender Freistellungsmöglichkeiten durch ihre Träger oder aus finanziellen Gründen (z. B. Selbstfinanzierung von Reisekosten) keine aktive Mitwirkung leisten können.

Hinzu kommt, dass in vielen Einrichtungen und Diensten die Beteiligung an verbandlicher und fachpolitischer Arbeit insgesamt zurückgefahren wird. Auch die zeitlichen Ressourcen vieler aktiver Mitglieder sind begrenzt, was zusätzliche Aufgabenübernahmen erschwert hat. In der Folge konnten – trotz hoher fachlicher Motivation – weiterführende Projekte oder vertiefende Arbeitsvorhaben im Rahmen des Fachausschusses nicht realisiert werden.

Trotz dieser strukturellen Herausforderungen bleibt der Fachausschuss Wohnen ein wichtiger Ort des fachlichen Austauschs, der Perspektivenvielfalt und der kollegialen Reflexion.

Tätigkeitsbericht Pflege in der DGSP

1. Organisation, Aufbau, Vorsitzende/ Sprecher:innen, Mitgliederentwicklung

Nach der Auflösung des AK-Pflege zum Jahresende 2019 nach etwas mehr als 40 Jahren, hat sich die Pflege in der DGSP mit dem Ziel neu aufgestellt, die Perspektive der Pflegenden innerhalb des Verbandes im Geiste der Gründer*innen, auch zukünftig aktiv miteinzubringen. In der Organisationsstruktur waren dafür einige Änderungen notwendig. Christoph Müller und David Wegmüller fungieren als Ansprechpartner für alle pflegerischen Themen in der DGSP. Durch aktive Mitarbeit im erweiterten Vorstand, im Verbändedialog, das Verfassen von Stellungnahmen zu unterschiedlichen tagesaktuellen Themen und durch Angebote und Präsenz auf Veranstaltungen werden Themen der Psychiatrischen Pflege auch weiterhin innerhalb der DGSP und darüber hinaus Gehör finden. Wir begrüßen ausdrücklich die proaktive Mitarbeit von Interessierten an unseren Themen, die Kontaktdaten der Ansprechpartner sind auf der Website der DGSP abrufbar.

2. Arbeitsschwerpunkte, Veranstaltungen, Aktivitäten

In den vergangenen zwölf Monaten konnte die Ausgabe der Sozialen Psychiatrie mit dem Thema „sozialpsychiatrisch Denken und Handeln“ entwickelt werden, die im Januar 2025 veröffentlicht wurde und versucht hat, sich dem Titelthema aus unterschiedlichen Richtungen zu nähern.

Die Teilnahme am Verbändedialog der Psychiatrischen Fachverbände der Pflege ist ein wichtiger Pfeiler unserer Verbandsarbeit. Die sozialpsychiatrische Grundhaltung der DGSP bereichert den Verbändedialog um eine wichtige Perspektive. Neben den Präsenztreffen in Frankfurt am Main am 22. Und 23. März 2024 und am 14. Und 15. Februar 2025 in Mellen-dorf, fand ein weiteres Online-Treffen im

Herbst 2024 statt. Die Themenvielfalt spiegelt die Schwerpunkte der einzelnen Verbände wider. So ging es in den Diskussionen beispielsweise um das pflegerische Selbstverständnis, das Pflegeberufegesetz (in Kraft getreten 2020, letzte Änderung 01.01.2025), die Vorbehaltsaufgaben der Pflege und um aktuelle politische Themen wie dem Umgang mit radikalen Parteien oder die Forderung aus den Reihen der CDU ein Register für psychisch erkrankte Menschen zu etablieren.

Im November 2024 war der Verbändedialog mit einem eigenen Stand auf dem DGPPN-Kongress vertreten, bei dem die sieben beteiligten Gremien sich vorgestellt und gemeinsame Positionen vertreten haben.

Am 16.01.2025 veröffentlichten wir eine Stellungnahme zur Registrierung psychisch erkrankter Menschen, welche auf der Website der DGSP abrufbar ist.

Berichte der DGSP-Landesverbände und -Landesarbeitsgemeinschaften

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Baden-Württemberg (DGSP BW)

für den Zeitraum vom 31.05.2022 – 30.06.2025 – seit 14.07.2023 Landesarbeitsgemeinschaft DGSP Baden-Württemberg

1. Organisation, Aufbau, Strukturen

Eine wesentliche Änderung in dieser Zeit stellte die Auflösung des Vereins und dessen Überführung in eine Landesarbeitsgemeinschaft dar. Ein wesentlicher Grund hierfür besteht darin, dass kaum noch Interessierte für die Vorstandsarbeit gefunden werden und die damit verbundene Arbeit eher abschreckt (siehe beigefügter Leitfaden). Hinzu kommt, dass die Aktivitäten des Vereins sich auf ein bescheidenes Maß reduziert und häufig von einzelnen Personen abhängt.

So hat die Mitgliederversammlung der DGSP BW im November 2022 die Auflösung des Vereins und die Überführung in eine Landesarbeitsgemeinschaft beschlossen. Es erging der Auftrag an den bisherigen Vorstand bis Mitte 2023 mit dem Bundesverband die künftige Struktur, Organisationsform, Finanzen etc. zu festzulegen. Dieser Auftrag wurde auch dementsprechend ausgeführt (siehe Anlage: Geschäftsordnung der LAG DGSP). Beigefügt ist ebenso der Beschluss des Amtsgerichtes zur Auflösung.

In der Mitgliederversammlung der LAG BW am 14.07.2023 wurden Christoph Reinstadler zum Sprecher und Sarah Schiffler zur Stellvertreterin gewählt.

Mit dem Bundesvorstand wurde vereinbart, das gleiche Finanzbudget wie bisher zur Verfügung zu haben. Abrechnungen erfolgen mit der Geschäftsstelle der DGSP in Köln.

Weiter wurde vereinbart, dass die LAG DGSP BW regelmäßige Sitzungen abhält digital als auch in Präsenz. Die Termine werden auf der Homepage veröffentlicht, so dass alle Mitglieder potenziell teilnehmen können. Die Einrichtung einer Homepage geschieht in Absprache mit der Geschäftsstelle in Köln.

Die regelmäßigen Treffen sollen dem informellen Austausch, der Bearbeitung fachpolitischer Themen sowie der Planung von Veranstaltungen und der Terminplanung vorbehalten sein. Es ist vorgesehen, eine Email-Datei aller Mitglieder der LAG in Baden-Württemberg anzulegen.

Die seit langem aktive Regionalgruppe in Karlsruhe bleibt bestehen als Regionalgruppe in der LAG DGSP.

2. Arbeitsschwerpunkte

Christoph Reinstadler ist als Vertreter der DGSP Mitglied im Unterausschuss Gemeindepsychiatrie der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg.

Es werden wieder jährliche Treffen mit der Selbsthilfe (Landesverband der Psychiatrie Erfahrenen BW), dem Landesverband der Angehörigen psychisch kranker Menschen in BW und dem Landesverband Gemeindepsychiatrie stattfinden.

Es wird weiterhin angestrebt, regelmäßig an den Vorstandssitzungen der Bundes DGSP teilzunehmen und in unterschiedlichen Fachausschüssen der DGSP mitzuarbeiten.

Die thematischen Schwerpunkte wurden in einer Klausur im Frühjahr 2024 zusammengetragen und müssen in einer Prioritätenliste festgelegt und sukzessive abgearbeitet werden: die Umsetzung des BTHG in BW, die Weiterentwicklung der Forensik, die Weiterentwicklung der Krankenhausreform und die weitergehende Ambulantisierung der psychiatrischen Versorgung (Regelversorgung nach SGB V 64 b einführen, StäB), die Entwicklung von Krisendiensten, die Förderung der Umsetzung der regionalen Versorgungsverpflichtung in Gemeindepsychiatrischen Verbänden, Umgang mit dem Fachkräftemangel, das heutige Selbstverständnis der Sozialpsychiatrie.

3. Umsetzung des BTHG

In Baden-Württemberg ist eine besondere Situation vorzufinden. Aufgrund der Tatsache,

dass es keinen Landeswohlfahrtsverband seit 2004 mehr gibt, sind die Landkreise oder die Kommunen zuständig und verantwortlich für die Umsetzung des BTHG (Abteilungen der Eingliederungshilfe). Trotz des Landesrahmenvertrags und des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) gibt es enorm unterschiedliche Niveaus und einen sehr differierenden Stand der Umsetzung.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass in diesen unterschiedlichen Niveaus im Kern die Umsetzung schwierig ist und weit hinter der Intention und den Vorgaben des Gesetzes herhinkt. Vor allem ist die Weiterentwicklung, bzw. Veränderung der Hilfeplankonferenzen noch weit von der gesetzlichen Intention einerseits entfernt und hat andererseits noch in den meisten Regionen noch nicht den Stand von vor der Verabschiedung des Gesetzes wieder erreicht. Es braucht (schnell) dringend Änderungen, da aufgrund der Hochschwelligkeit und der Struktur der Erarbeitung und Feststellung des Hilfebedarfs und der Hilfeplanung (Hilfeplanmanagement bei den Abteilungen der EGH) gerade die psychisch kranken Menschen mit komplexem Hilfebedarf, die sich schwertun, Hilfe zu suchen und anzunehmen, Gefahr laufen, durch die Maschen des Netzes an Hilfen durchzufallen.

4. Veranstaltungen/ Aktivitäten

Aktuell sind noch keine aktuellen Veranstaltungen geplant. Die Planung möglicher Aktivitäten wird in der nächsten Sitzung vorgenommen.

Im Ligaunterausschuss wird aktuell ein gemeinsamer Fachtag zum Thema „Regionale Versorgungsverpflichtung und Umgang mit psychisch kranken Menschen mit komplexem Hilfebedarf“ vorbereitet, der am 28.11.25 stattfindet.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft DGSP BW Sarah Schiffler, Christoph Reinstadler, Dr. Klaus Obert

DGSP-Landesverband Bremen e.V.

Der Vorstand des Landesverbandes Bremen trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat zu einer in der Regel öffentlichen Sitzung. Themenbezogen werden regelmäßig Gäste eingeladen, gleichermaßen können auch Interessierte „einfach mal reinschnuppern“ und sich mit unserer Arbeit vertraut machen.

Durch die offene Struktur dieser „Mittwochs-runde“ werden die Aktivitäten des LV transparent und weitestgehend öffentlich beraten.

Die Mitgliederstruktur hat sich über die letzten Jahre verringert, es gab mehr Austritte als Neueintritte, lediglich die Zahl der institutionellen Mitglieder ist stabil geblieben. So zählt der LV derzeit 12 institutionelle und etwa 40 persönliche Mitglieder.

Die wirtschaftliche Situation des LV ist trotz abnehmender Mitgliedszahlen stabil. Im Berichtszeitraum wurden Veranstaltungen des Landesverbandes Psychiatrie erfahrener finanziell unterstützt, außerdem ein Einzelprojekt einer Antistigma-Kampagne.

Zu Beginn des Berichtszeitraums (2. Halbjahr 2022) haben die Sitzungen abweichend vom eigentlichen Standard noch in Form von Videokonferenzen stattgefunden. Seit Anfang 2023 wurden die Sitzungen wieder in Präsenzform durchgeführt.

Die Mitgliederversammlung 2023 hat im Rahmen einer Fachveranstaltung zum Thema Forensik stattgefunden. Durch einen Vortrag mit anschließender Diskussionsrunde wurde das DGSP-Positionspapier zur „Transformation der Maßregeln“ vorgestellt und diskutiert. Im Austausch mit versierten Fachleuten und engagierten Einzelpersonen wurden durchaus kontroverse Positionen ausgetauscht, was alle Anwesenden als sehr konstruktiv erlebt haben.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt, der Landesverband Bremen wird seitdem durch den geschäftsführenden Vorstand Sven Bechtolf (Vorsitz), Joachim Schröder (Finanzen) und Michael Tietje (Schriftführung) vertreten. Unterstützt wird er durch einen erweiterten Vorstand von vier Personen.

Erstmalig wurde in der MV die Option einer Auflösung des Landesverbandes als eigenständiger e.V. aufgegriffen. Der Vorstand wurde beauftragt, sich eingehender mit dieser Möglichkeit zu befassen und die Überlegun-

gen dann auf einer nächsten Mitgliederversammlung vorzustellen.

Im weiteren Berichtszeitraum behandelte der Landesverband folgende Themen schwerpunktmäßig:

- Transformationsprozess des Klinikums Bremen-Ost (Aufbau von BravO - ambulantes Behandlungsangebot)
- Organisation der jährlich durchgeführten Woche der seelischen Gesundheit
- Austausch mit Genesungsbegleiter:innen über die Einbindung in das gemeindepsychiatrische Versorgungssystem
- Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen
- Landespsychiatrie- und Suchthilfeplan
- Öffentliche Berichterstattung zur Zukunft der Psychiatriereform in Bremen: Hierzu wurde eine Stellungnahme erarbeitet und veröffentlicht.

Der weitere Prozess zur Zukunft des Landesverbandes wurde im Berichtszeitraum ausgiebig diskutiert, in der Mitgliederversammlung 2024 wurde der Vorstand aufgefordert, einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten und danach einzubringen. In der Mitgliederversammlung im Mai 2025 wurde daraufhin der Beschluss gefasst, die Auflösung des Landesverbandes Bremen als e.V. vorzubereiten und zum 31.12.2025 umzusetzen. Gleichermaßen soll zum 01.01.2026 eine Landesarbeitsgemeinschaft Bremen gebildet werden.

Gerade diese Frage hat die Arbeit im Berichtszeitraum geprägt. Ein wichtiger Aspekt dabei war die zeitliche Belastung, die mit formeller Vorstandsarbeit verbunden ist. Durch die zukünftige Struktur erhoffen sich die Aktiven, dass wieder mehr Ressourcen auf inhaltliche Themen verwendet werden können. In diesem Sinne sieht die DGSP Bremen hoffnungsvoll auf zukünftige Aktivitäten.

Für den LV: Michael Tietje
E-Mail: bremen@dgsp-ev.de

Hamburgerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.(HGSP)

2022

Ende 2021 fanden Vorstandswahlen in der HGSP Mitgliederversammlung statt. Helge Thoelen schied als Vorstandsmitglied aus. Gewählt wurden Michael Schweiger als Schatzmeister, Helmut Krüger als Schriftführer, Jessica Reichstein, Bettina Lauterbach und Thomas Beergest.

Anfang 2022 konstituierte sich dieser Vorstand und in 2022 fand eine intensive Arbeit zu verschiedenen fachpolitischen Themen in Hamburg statt:

- Umsetzung und Einführung eines Krisentelefon in Hamburg.
- Das Harburger Modell als ein Beispiel verbindlicher Zusammenarbeit in einer Region.
- Mit dem Expertenrat psychische Gesundheit des Paritätischen Hamburg engagierte sich die HGSP e.V. zur Neueinrichtung und Finanzierung einer Unabhängigen Beschwerdestelle. Leider ohne Erfolg.
- Versorgung psychisch kranker Menschen im Strafvollzug.
- Unser Mitglied Rainer Hölzke wurde vom Vorstand unterstützt an die Hamburger Sozialbehörde mehrere Anfragen zu stellen, wie der Hamburger Senat sich zu den Medikamentenversuchen in Einrichtungen der Psychiatrie in Schleswig-Holstein zwischen 1949 und 1975, von denen auch Hamburger Bürger betroffen waren, stellt und eine Entschädigung regeln will?
- Austausch und Treffen mit Fachkollegen*innen der Jugendhilfe zum Thema und Vorhaben der Stadt, eine geschlossene Jugendhilfeeinrichtung zu bauen.
- Der Vorstand konnte zwei gut besuchte Fachveranstaltungen in Hamburg in 2022 organisieren und durchführen:
 - . Am 9.6. im Rieckhof, Bürgerzentrum in Harburg: „Verrückt und trotzdem frei? – Wieviel geschlossene Unterbringung braucht Hamburg und gibt es Alternativen“ mit Jörg Utschakowski aus Bremen und anderen Fachreferenten.
 - . Am 8.12. im Wichernsaal im Rauhen Haus: „Psychisch krank und ohne Zuhause“
- Auf beiden Veranstaltungen gab es einen regen Austausch und Diskussionen inner-

halb der „Hamburger Sozialpsychiatrie Szene“.

- Darüber hinaus gelang es Michael Schweiger die Finanzierung der EUTB Beratungsstelle in Trägerschaft der HGSP weiter abzusichern.
- In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mussten wir eine Satzungsänderung beschließen, um auch digitale MVs und Vorstandssitzungen satzungskonform zu ermöglichen.
- Zudem arbeiten Jessica Reichstein im Bundesvorstand der DGSP e.V. mit, Michael Schweiger im FA Arbeit und Helmut Krüger im FA Wohnen der DGSP e.V.
- Am 25.09. verstarb zudem Klaus Dörner, dem auch besonders in der HGSP gedacht wurde.

2023

Das Jahr 2023 begann mit Erkrankungen im Vorstand und wir sahen uns gezwungen, darüber nachzudenken, wer welche Aufgaben übernehmen kann, wenn ein Kollege/ eine Kollegin eine Aufgabe nicht wahrnehmen kann.

Dankenswerterweise hat in diesem Zusammenhang die Kollegin Bettina Lauterbach einige Aufgaben wie Ansprechperson der EUTB Beraterinnen, Mitgliederbetreuung und Ablage HGSP e.V. übernommen und alte Vorstandsmitglieder entlastet.

Fachpolitisch dominierte in 2023 die Initiative der Hamburger Sozialsenatorin, einen lange geforderten Psychiatrieplan für Hamburg zu erstellen. Verschiedene Vorstandsmitglieder arbeiten intensiv in verschiedenen Formaten an Arbeitsgruppen an diesem Projekt mit.

Inzwischen ist der Psychiatrieplan Anfang 2025 veröffentlicht worden und für Interessierte hier zwei links:

- <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/aktuelles/pressemitteilungen/landespsychiatrieplan-vorgestellt-1010980>

und

- <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/89707>

In einer Vorstandssitzung im April 2023 waren Referenten*innen der Hamburger Sozialbehörde zu Gast und skizzierten die bis dahin formulierten Ziele und vorrangigen Themen

des Psychiatrieplans:

- Aufbau Gemeindepsychiatrischer Verbünde (in den Bezirken)
- Aufsuchende Angebote auch i.R. von Behandlung
- Psychiatriekoordinator(innen) Hamburg vs. In den Bezirken
- Entgegenwirken Forensischer Krankheitsverläufe
- Komorbidität

Weitere Themen im HGSP Vorstand waren

- Das Transformationspapier Forensik der DGSP, hier wurden wir zudem von Hamburger Fachkollegen*innen angefragt, dieses zu erklären.
- Ausweitung des EUTB Angebots der HGSP auf den Hamburger Süden (Harburg) und Osten (Bergedorf).

Im Dezember konnten wir dann zu einer Fachveranstaltung „Gemeinde Psychiatrische Verbünde als ein (neuer) Baustein in der Hamburger Psychiatriepolitik“ in die Kantine des Via Cafelie im Stadtteil Bahrenfeld einladen. Hier wurde das Ziel der GPVs im Rahmen des Psychiatrieplans engagiert diskutiert und das obwohl einige Referenten wg. Erkrankung ausfielen und wir sehr spontan moderieren und agieren mussten.

In der anschließenden Mitgliederversammlung konnten wir

- a. Einen Formfehler bei der Satzungsänderung aus dem Vorjahr heilen und
- b. Im Rahmen von Vorstandswahlen wurden die bisherigen Mitglieder bestätigt und Ekkehard Schröder und Simon Steinwachs als junge aktive Vorstandsmitglieder neu gewonnen.

2024

Das Jahr 2024 war geprägt durch die weiteren Diskussionen zum Psychiatrieplan Hamburg und dem Wunsch mit anderen Akteuren wie der AG Reha in Hamburg, Betroffenen und Angehörigen eine große Fachveranstaltung zum Thema Partizipation zu organisieren: Wie können wir erreichen, dass tatsächlich Betroffene sich angesprochen fühlen und zu einer solchen Tagung kommen?

Diese Tagung soll jetzt in 2025 am 25.09.2025 unter dem Thema: „Beteiligung oder Partizipation?! Leicht gesagt, aber warum fällt die

Umsetzung so schwer? Von 13:00 bis 17:00 Uhr im Kulturklinker Barmbek stattfinden.

Des Weiteren wurde eine Pressemitteilung im Februar zum Thema der Arbeit der Aufsichtskommission und fehlender Erörterung der Berichte im Gesundheitsausschuss formuliert und veröffentlicht; <https://dgsp-hamburg.de/stellungnahme-der-hgsp-zur-arbeit-der-aufsichtskommission-nach-%c2%a7-23-psy-chkg/>

Der Bericht kann jetzt eingesehen werden:

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/67160/taetigkeit_der_aufsichtskommission_gemaess_23_absatz_4_des_hamburgischen_gesetzes_ueber_hilfen_und_schutzmassnahmen_bei_psychischen_krankheiten_hmbpsy.pdf

Aber auch ein anderes „Großereignis“ hat uns in 2025 beschäftigt: 50 Jahre HGSP e.V.

Am Donnerstag, den 05.09.2025 trafen sich passend ca. 50 Gäste bei sommerlichen Temperaturen im Stadtgarten „Grau trifft Grün“ im Oberhafen (einem sozialpsychiatrischen Projekt der Teilhabe am arbeitsweltlichen Kontext von ARINET) unter dem Motto „60 Jahre HGSP? Ein Blick zurück nach vorn.“

Gekommen waren auch die Gründungsmitglieder Charlotte Köttgen und Karin Morisse.

Frau Prof. Dr. Hohmann der Kinder- und Jugendpsychiatrie im UKE und Jörn Sturm – Geschäftsführer des Straßenmagazins Hinz und Kunzt hielten Impulsreferate und skizzierten ihre Vorstellungen, was uns wohl in 10 Jahren an Themen in der Sozialpsychiatrie beschäftigt. Ein kleiner Bericht dazu findet sich im Eppendorfer, auf der WEB Seite des GPZE und viele Fotos auf der neuen WEB Seite der HGSP.

Mit professioneller Unterstützung wurde die WEB Seite der HGSP e.V. in 2024 „relauncht“. Schaut doch mal vorbei und findet auch viele Fotos der 50 Jahr Feier:

<https://dgsp-hamburg.de/>

und: <https://dgsp-hamburg.de/50-jahre-hgsp/>

Zum Schluss des Jahres fand im November unsere Mitgliederversammlung statt:

Da Jessica Reichstein nach Bremen gezogen ist und dort neue Aufgaben übernommen hat, fehlt sie uns als Vorstandsmitglied, fachkundige und engagierte Kollegin und als Freundin in

Verein und Szene. Zudem hat sie uns als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes immer mit den Themen der DGSP e.V. versorgt und berichtet und unsere regionale Diskussion erweitert. Wir wünschen Jessica als HGSP e.V. in Bremen alles Gute!

2025

Das Jahr hat gefühlt gerade erst begonnen aber wir bleiben dran in der HGSP und im Vorstand.

Ein kleiner Ausblick:

- Im Februar hätte das Gemeindepsychiatrische Zentrum Eimsbüttel mit dem Wohnhaus in der Hochallee und von HGSP Mitgliedern gegründet eigentlich 50-jähriges Bestehen. Wg. Umbau und Sanierung der Gebäude am „historischen“ Standort wird in 2026 gefeiert! Siehe auch www.gpze.de
- Die schon genannte Tagung Partizipation, die von der HGSP mit organisiert wird findet am 25.9.2025 statt, siehe oben und: <https://dgsp-hamburg.de/volle-power-partizipation/>
- Ende 2025 finden wieder Vorstandswahlen statt. Dann scheidet Jessica Reichstein aus dem Vorstand offiziell aus und Helmut Krüger ist nach über 15 Jahren Vorstandsarbeit amtsmüde. Wir suchen also wieder neue junge Mitstreiter im Vorstand.
- In 2027 soll die DGSP Jahrestagung aller Voraussicht in Hamburg stattfinden. Wir freuen uns auf Euch!

Mitgliederentwicklung 2022 - 2025

Stand 1.1.2025 hat die HGSP e.V. 73 natürliche Personen als Mitglieder und 31 institutionelle Mitglieder.

In den Jahren 2023 bis 2025 gab es insgesamt sechs Austritte und zehn neue Mitglieder.

Hamburg, den 07.04.2025 Helmut Krüger für den Vorstand der HGSP e.V.

Aktueller Vorstand:

Bettina Lauterbach — bettina.lauterbach@dgsp-hamburg.de

Jessica Reichstein — ruht

Thomas Bergeest — thomas.bergeest@dgsp-hamburg.de

Helmut Krüger (Schriftführer) — helmut.krueger@dgsp-hamburg.de

Ekkehard Schröder — ekkehard.Schroeder@dgsp-hamburg.de

Michael Schweiger (Schatzmeister) — michael.schweiger@dgsp-hamburg.de

Simon Steinwachs — simon.steinwachs@dgsp-hamburg.de

Landesarbeitsgemeinschaft Hessen der DGSP

- Im Juni 2022 wurde eine Exkursion nach Südtirol mit sieben Teilnehmenden durchgeführt (Besuche der Psych. Versorgung in Meran mit Fr. Dr. Perwanger; Besuch Wohneinrichtung „Sägmüllerhof“ in Bruneck; Treffen mit dem Angehörigen und Selbsthilfe-Verein „Ariadne“ in Bozen); Eine Einladung erfolgte zur Jahrestagung der DGSP im November 2023 in Marburg (Wehrda).
- im Oktober 2022 wurde die Veranstaltung „Echte Teilhabe ist mehr als smarte Ziele“ in Cölbe mit rd. 65 TN durchgeführt. Ziel war eine kritische Auseinandersetzung mit den Veränderungen durch das BTHG und den Auswirkungen der Verfahrensreglements des LWV Hessen.
- ab Oktober 2023 bis April 2023 bereitete eine Arbeitsgruppe von sieben bis 10 Aktiven in mehreren Treffen sowohl Online als auch in Präsenz die bundesweite Jahrestagung der DGSP „Armut und Ausgrenzung von Menschen mit psychischen Erkrankungen – was n(T)un? Vom 16.-18. November 2023 in Marburg (Wehrda) vor. Die Tagung war ausgebucht. Teilnahme und Resonanz auch von Akteur/inn/en aus Hessen und der Region war überdurchschnittlich gut.
- einige Vorstandsmitglieder arbeiten in Fachausschüssen der DGSP mit und sind in den Gremien für Patienten-/Klientenrechte (Besuchskommissionen MRV und Allg. Psychiatrie sowie Unabhängige Beschwerdestellen) und auf Landesebene bei der Fachgruppe des Paritätischen und des Fachbeirates Psychiatrie des Hess. Ministeriums für Senioren und Gesundheit aktiv.

Themen in 2024/2025:

- Kritische Begleitung des Prozesses der Neugestaltung der Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischen Behinderungen. Ziel: Niederschwellige Zugänge, Durchlässigkeit der Systeme, Versuch und Irrtum, Unterstützung echter Teilhabe, Tagestrainings- und Gruppenangebote ohne komplexe Zugangsbeschränkungen vor Ort, einfache und integrative Hilfeeinstufung, angepasste Zugänge zum Arbeitsmarkt mit und ohne Assistenz. Der Landeswohlfahrtsverband entfernt sich zunehmend von sozialpsychiatrischen Versorgungsgrundsätzen, was heftige Kritik auslöst.
- Mitveranstalter bei der Parität Hessen: „35 Jahre Enquete – Unerreichtes und Erreichtes – Eine kritische Bilanz“ (Arbeitstitel); Planung für September 2025
- Kritische Bewertung der forensischen Versorgung und Nachsorge in Hessen und des weiteren Ausbaus des Maßregelvollzugs
- Ausbau der ambulanten klinischen Versorgung (StäB usw.)
- Am 13. Juni 2024 beschließt die Mitgliederversammlung des LV Hessen die Umwandlung des Vereins in eine Landesarbeitsgemeinschaft. Die LAG hat sich bis Mitte 2025 mehrfach in Präsenz und Online getroffen. Sprecher/in: Petra Lauer und Constantin v. Gatterburg.

Aktuell: Der Landeswohlfahrtsverband meldet ein Rekorddefizit und geht in intensiven Kontakt mit den psychosozialen Dienstleistern. Das Land Hessen übernimmt eine Vorreiterrolle bei der Identifizierung und Kontrolle von sogenannten „psychisch kranken Gefährdern“ und plant eine Gesetzesänderung im PsychKHG.

DGSP-Landesverband Niedersachsen e.V. (DGSP-N)

Nach Corona-bedingter Unterbrechung setzten wir ab 2022 unsere Jahrestagungen wieder fort. Folgende Tagungen wurden durchgeführt:

- 2022 in Lüneburg zum Thema "Wohnen-Arbeit-Gesundheit - Grundbedürfnisse Pflegen"
- 2023 in Wunstorf zum Thema "Raus aus dem Haus – Aufbruch in der Krise"
- 2024 in Bad Bevensen zum Thema: "Vernetzung für Schwerstkranke -mit den Schwächsten beginnen"
- 2025 in Bad Bevensen zu Thema: "50 Jahre Psychiatrie-Enquete - Bausteine der Sozialpsychiatrie"

Die Zahl der Teilnehmenden entwickelten sich in den letzten Jahren positiv, die Tagung in diesem Jahr war weitgehend ausgebucht.

Wir unterstützen regelmässig den Niedersächsischen Aktionstag für seelische Gesundheit durch Sponsoring und Unterstützung bei der Planung, soweit von der veranstaltenden Kommune gewünscht.

Zum Positionspapier des Fachausschusses Forensik der DGSP verfassten wir eine kritische Stellungnahme.

Um neue Zielgruppen und interessierte Personen zu erreichen führten wir Anfang 2025 einen Klausurtag durch. Hierbei entwickelten wir unter anderem ein neues Format für Regionale Treffen, bei dem einzelne Mitglieder ihre Tätigkeiten und Projekte vorstellen, teilweise mit Besichtigungsmöglichkeit.

Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)

Vorstandssitzungen finden monatlich an wechselnden Standorten (Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Köln, Düsseldorf, etc.) statt und sind öffentlich. Jeder ist eingeladen, mitzuarbeiten. Termine und Veranstaltungsorte sind auf der Homepage unter www.rgsp.de zu entnehmen.

Vorsitzende sind aktuell Stefan Corda-Zitzen, Melanie Abshagen und Bettina Baier.

Erfreulich ist festzuhalten, dass die Vor-

standssitzungen nicht nur von allen dreizehn Vorstandsmitgliedern, sondern auch von anderen Interessierten regelmäßig und gut besucht werden. So können immer wieder weitere „Mitstreitende“ gewonnen werden. Die Mitgliedszahlen sind moderat rückläufig. Es zeigt sich, dass immer wieder neue Mitglieder gewonnen werden können, es aber jährlich mehr Austritte als Eintritte gibt. In der Regel treten Menschen aus, da sie im Ruhestand sind.

2022

Stellungnahmen zu den Themen:

- „Erweiterung von ärztlichen Zwangsmaßnahmen in den ambulanten Bereich und zur Frage der verdeckten Medikamentengabe inkl. einer unterbleibenden Offenlegung, inkl. der Änderungen in den §§ 321 und 325 FamVG
- Im Vorfeld war die RGSP zu einer Anhörung diesbezüglich eingeladen und nahm natürlich teil.**
- Genesungsbegleitung und ihre Stellung in zukünftigen Fachkonzepten der Eingliederungshilfe

Diese Stellungnahme ist infolge der letztjährigen Mitgliederversammlung entstanden und die RGSP wurde gebeten, gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland diesbezüglich Stellung zu beziehen.

Weiterhin wurde die Mitgliederversammlung geplant und vorbereitet. Thema:

S3-Leitlinie zur Vermeidung von Zwang und Gewalt. Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen. Dr. Wassili Hinüber/ Annette Hornbach (August 22)

Zudem wurde zu einzelnen Vorstandssitzungen Gäste eingeladen:

- Vorstandssitzung mit Frau von Berg, LVR Fachbereichsleitung und Herrn Wagner, Leiter der Prüfteilung zur Umsetzung des LRV (März-`22)
- Vorstandssitzung mit Mitgliedern des Erziehungsausschusses der Pflegekammer NRW zwecks konstruktiver Zusammenarbeit (April-`22)
- Präsidentin der DFPP, Frau Sauter, zwecks Austausch Pflegekammer NRW

Auch 2022 nahmen die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in Verbindung mit

dem Landesrahmenvertrag viel Raum ein. Die zukünftigen geforderten Fachkonzepte mit den neuen Modulen (Fachmodul Wohnen/ Organisationsmodulen/ Fragestellungen zur Unterstützenden Assistenz und der Qualifizierten Assistenz) wurden diskutiert und mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände und des Landschaftsverbands Rheinland diskutiert und fachlich bearbeitet. Die Vorstandsmitglieder vertreten die RGSP diesbezüglich weiterhin in mehreren Gremien.

Ebenso wurde ständig der Kontakt mit dem MAGS gesucht, um die Themen 24/7 Krisendienst, Umsetzung des Landesrahmenvertrages, Novellierung PsychKG, die Aufarbeitung des Landespsychiatrieplans und die Förderung Gemeindepsychiatrischer Verbünde zu platzieren.

Ansonsten wurden Planungen und Entwicklungen für Flyer aufgenommen. Zum einen über die Rechte von Menschen mit Behinderung innerhalb des BTHG und zu anderen zu den S3-Leitlinien zur Vermeidung von Zwang und Gewalt.

Darüber hinaus wurden 5 Peers und 5 Studenten die Teilnahme an der Jahrestagung der DGSP im November in Leipzig gefördert und EX-IN-Deutschland mit einer kleinen Förderung unterstützt, um die Strukturen für die Ausbildung für Experten aus Erfahrung in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 2022 wurde 1 Extrablatt veröffentlicht.

2023

Zum Jahresbeginn 2023 fand im Januar eine Präsenzsitzung im MGAS mit folgenden Themen statt:

- Erneutes Thema 24/7 Krisendienst und die Förderung Gemeindepsychiatrischer Verbünde. Novellierung des PsychKG mit Passagen zu Krisendiensten und Gemeindepsychiatrischen Verbünden. Weitere Themen waren die Umsetzung des Landesrahmenvertrages und die Aufarbeitung des Landespsychiatrieplans.

Auch 2023 nahmen die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in Verbindung mit dem Landesrahmenvertrag viel Raum ein.

Die Mitgliederversammlung fand am 20.06.23 mit über 40 Teilnehmende in der LVR Klinik Mönchengladbach statt. Für einen Vortrag konnte Frau Dr. Imke Heuer vom UKE Hamburg gewonnen werden. Thema „Ergebnisse

der Studie ImPeer5, ein partizipatives Forschungsprojekt über die Implementierung von Genesungsbegleitern“.

Im Juni fand eine halbtägliche Vorstandsklausur unter externer Leitung in Grefrath statt. Ziele waren aufgrund der Fülle an Themen und Aufgaben im Land NRW eine Fokussierung auf Themen und Arbeitsstrukturen zu erarbeiten. Erarbeitete Themenschwerpunkte mit nachfolgenden Arbeitsgruppen:

- Politische Einflussnahme
- Haltung
- Extrablatt
- Flyer
- Socialmedia
- Zusammenarbeit mit Kliniken

Im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit wurde eine Lesung mit Tobi Katze im Oktober im TIG in Mönchengladbach mit 190 Teilnehmenden organisiert.

Im Jahr 2023 wurde im Oktober 1 Extrablatt veröffentlicht.

2024

Zum Jahresbeginn 2024 fand im Februar eine Präsenzsitzung mit Herrn Thomas Müller, Fachreferent Teilhabe und Inklusion, DPWW NRW zum Thema Bürokratieabbau in der Eingliederungshilfe statt.

Herr Müller ist Mitglied einer Arbeitsgruppe im MAGS mit dem Titel Fachkräftemangel. Ein Schwerpunktthema ist dabei der Bürokratieabbau in der Eingliederungshilfe.

Zum MAGS selber weiterhin Dauerkontakt.

Weiterhin wurde die Mitgliederversammlung geplant. Ziel war ein politisches Gespräch zu den Themen: Schluss mit Inklusion (Höcke) – Umgang mit rechten Tendenzen sowie die genannten Dauerthemen. Die Mitgliederversammlung fand am 26.06.2024 mit 100 Teilnehmenden im TIG im Mönchengladbach unter Moderation von Ralph Erdenberger statt.

Gäste auf dem Podium waren:

- Rodion Bakum, Mitglied des Landtags, SPD
- Guido Görtz, Mitglied des Landtags, CDU
- Dirk Lewandrowski, LVR-Dezernent Soziales, Vorsitzender BAGüS

- Meral Thoms, Sprecherin für Gesundheitspolitik, Grüne Landtagsfraktion NRW
- Felix Heinrichs, Oberbürgermeister Stadt Mönchengladbach

Auch 2024, wie in den Jahren davor, nahmen die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in Verbindung mit dem Landesrahmenvertrag viel Raum ein.

Ansonsten wurde im April die Planung der Jahrestagung der DGSP im Oktober 2025 in Leverkusen aufgenommen.

Im Juli fand eine halbtägige Vorstandsklausur unter externer Leitung in Mönchengladbach statt. Ziele waren aufgrund der Fülle an Themen und Aufgaben im Land NRW eine Fokussierung auf Themen und Arbeitsstrukturen zu erarbeiten. Erarbeitete Themenschwerpunkte mit nachfolgenden Arbeitsgruppen:

- Vorstandssitzungsstruktur
- Nutzung Socialmedia und Extrablatt
- Extrablatt
- Ausbau Kontakte zu Kliniken und Landesjustizministerium
- Zukünftige Struktur der RGSP (weiter als eV oder Landesarbeitsgruppe?)
- Ganztägig Teilnahme an AGs Fortschreibung Landespsychiatrieplan
- Versorgung über Lebensspanne hinweg
- Versorgung vulnerabler Gruppen
- sektorenübergreifende Versorgung
- Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation

Weiterhin fanden Gespräche mit dem Vorstand der AGpR (Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrie Rheinland) statt, um sich strategisch abzusprechen und gemeinsam das Thema Kliniken und Gemeindepsychiatrie anzugehen.

2025

Zu Beginn des Jahres wurde ein neues Extrablatt veröffentlicht.

Im ersten Halbjahr stand die Planung der Jahrestagung in Leverkusen, die Planung der nächsten Mitgliederversammlung inklusive Vorstandsbesetzung und die Umsetzung des Landesrahmenvertrages im Vordergrund. Nach 6 Jahren Verhandlung steht aktuell eine

Komplexitätsreduzierung im Raum

Für den Vorstand: der RGSP:
Stefan Corda-Zitzen

Kontakt:
RGSP-Geschäftsstelle
Birthe Ketelsen
Zeltinger Str. 9
50969 Köln
Telefon (0221) 95791938
Telefax (0221) 529903
Mail birthe.ketelsen@dgsp-ev.de

DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

DGSP-Landesverband Saarland e.V.

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.

2022

- Durchführung regelmäßiger Vorstandssitzungen per Video und in Präsenz
- Vorbereitung der Jahrestagung 2022
- Vorbereitung einer Tagung zum Schwerpunktthema Forensik im April 2023 in Leipzig

2023

TAGUNG - BESSER GEHT'S DOCH. ZUR TRANSFORMATION FORENSISCH-PSYCHIATRISCHER VERSORGUNG - 21. APRIL UND 22. APRIL 2023 IN LEIPZIG

Die Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie veranstaltete in Kooperation mit dem Fachausschuss Forensik der DGSP eine Fachtagung anlässlich des DGSP-Positionspapiers „Plädoyer für eine Transformation der Maßregeln“. Die DGSP forderte darin sehr weitgehende Änderungen, die de facto das Ende des forensisch-psychiatrischen Systems in seiner bisherigen Form bedeutet hätten. Da in der Vergangenheit vielfältige Bemühungen, das System zu reformieren, gescheitert waren, schlug der Verband vor, die Maßregeln nach §§ 63, 64 StGB und damit die bisherige Zweispurigkeit des strafrechtlichen Sanktionssystems abzuschaffen. Dieser radikale Entwurf, der auch die Einschränkungen der Schuldfähigkeit gemäß §§ 20, 21 StGB umfasste, hatte bereits eine breite und kontroverse Debatte angestoßen.

Die Versorgung psychisch kranker und geistig behinderter Rechtsbrecher in einem separaten System wurde als Ausdruck der Überdifferenzierung und Zersplitterung der psychiatrischen Versorgung bewertet. Die Bereiche forensische und allgemeine Psychiatrie hatten sich in den vergangenen Jahrzehnten weit voneinander entfernt. Das forensisch-psychiatrische Parallelsystem war, trotz verschiedener Reformversuche, in den letzten Jahren an seine Kapazitätsgrenzen gekommen und weiter gewachsen. Gleichzeitig hatte die allgemeine Psychiatrie – insbesondere vor dem Hintergrund der Stärkung von Individualrechten Betroffener – Schwierigkeiten mit der Übernahme ihres hoheitlichen Sicherungsauftrags. In diesem Spannungsfeld geriet eine besondere Gruppe Betroffener, sogenannte „Systemsprenger“, zunehmend in eine Versorgungslücke.

Der Wegfall der forensisch-psychiatrischen Kliniken hätte erhebliche Auswirkungen sowohl auf die psychiatrische Versorgung in der Gemeindepsychiatrie als auch auf die Haftanstalten gehabt. Vor diesem Hintergrund betrachteten wir im Rahmen der Tagung alternative Versorgungsmodelle aus anderen Zeiten und Ländern. Besonders interessiert hatten uns Phasen, in denen Deutschland ohne Maßregeln der Besserung und Sicherung auskam – also vor 1933 und in der DDR – sowie Erfahrungen aus Ländern, die diese Regelungen

kürzlich abgeschafft hatten, namentlich Italien.

Neben einer Bestandsaufnahme anhand der hiesigen Kliniken nach §§ 63, 64 StGB kamen auch Menschen zu Wort, die in solchen Kliniken behandelt worden waren. Zudem beleuchteten wir Ansätze für eine bessere Verzahnung forensischer mit gemeindepsychiatrischer Behandlung und Versorgung, beispielsweise in Gemeindepsychiatrischen Verbänden.

Wir hatten uns bewusst entschieden, das Anmeldeverfahren für diese Tagung online durchzuführen, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren. Als Landesverband der DGSP arbeiteten alle Beteiligten ehrenamtlich. Die Tagung zeichnete sich durch anregende, abwechslungsreiche und kontroverse Beiträge aus, die einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Transformation der Maßregeln leisteten.

2024

WERKSTATTGESPRÄCH GEMEINDEPSYCHIATRIE LEIPZIG BESCHWERDESTELLEN IN DER PSYCHIATRIE FÜR LEIPZIG? - 7. FEBRUAR 2024 - CAPA-HAUS, JAHNALLEE 61, 04177 LEIPZIG

Bundesweit bestehen mehr als 50 unabhängige Beschwerdestellen. Im Entwurf des neuen Sächsischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (SächsPsychKHG) wird die Einrichtung von Beschwerdestellen empfohlen. Auch in Leipzig gibt es Überlegungen, eine unabhängige Beschwerdestelle zu etablieren.

Mit unserem Werkstattgespräch möchten wir uns über Erfahrungen mit dem Aufbau und der Arbeit von Beschwerdestellen informieren und über das Für und Wider und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle in Leipzig diskutieren.

Hier ist der Bericht für das Finanzamt, angepasst in der Zeitform:

TAG DER GEMEINDEPSYCHIATRIE
KOMMUNALE PSYCHIATRIE ZWISCHEN FREIHEIT – ZWANG – PARTIZIPATION
DONNERSTAG, 22. AUGUST 2024, LEIPZIG

Im Jahr 2024 wurde in Leipzig die Kommunalpsychiatrische Gemeinschaft Leipzig ins Leben gerufen. Dieses neue und verbindliche Netzwerk hatte das Ziel, schwer psychisch kranken Menschen mit komplexen Problemla-

gen abgestimmte und möglichst passgenaue Hilfen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten gemeinsame Qualitätsstandards in der psychiatrischen Versorgung erarbeitet und diskutiert werden. Dabei waren alle Beteiligten eingeladen, aktiv mitzuwirken. Das oberste Ziel war es, Leipziger Klientinnen und Klienten sowie Patientinnen und Patienten in die Lage zu versetzen, notwendige Hilfen vor Ort zu erhalten, um Teil der Stadtgemeinschaft bleiben zu können.

Der 5. Tag der Gemeindepsychiatrie bot in diesem Kontext eine zentrale Plattform. Im Mittelpunkt stand die Diskussion zur Umsetzung des Zweiten Kommunalen Psychiatrieplans 2020, zu dem 2023 ein erster Umsetzungsbericht dem Stadtrat vorgelegt worden war. Neben der Bestandsaufnahme wurden auch weitere notwendige Maßnahmen erörtert. Gleichzeitig diente die Veranstaltung dazu, das Netzwerk aller Beteiligten im Gemeindepsychiatrischen Verbundsystem zu stärken, darunter Kliniken, ambulante Dienste, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, komplementäre Einrichtungen und weitere Akteure.

Die Veranstaltung begann mit einem einleitenden Vortrag von Prof. Dr. Schomerus, Ordinarius und Klinikleiter der Universitätspsychiatrie Leipzig. Er beleuchtete das Thema „Kommunale Psychiatrie zwischen Freiheit, Zwang und Partizipation“ sowohl aus internationaler als auch aus regionaler Perspektive. Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion statt, in der die verschiedenen Perspektiven der Gemeindepsychiatrie – einschließlich Kliniken, Kinder- und Jugendhilfe, Suchthilfe, Gemeindepsychiatrie, Forensik, niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen – vertreten waren. Ziel war es, Problemstellungen und positive Ansätze gemeinsam zu diskutieren.

Am Nachmittag wurden die eingebrachten Vorschläge und Themen in zwei Foren auf ihre Umsetzbarkeit in Leipzig hin diskutiert. In einem abschließenden Plenum wurden die Ergebnisse zusammengefasst und konkrete nächste Schritte für eine umfassende psychiatrische Versorgung in Leipzig herausgearbeitet. Diese sollen als Handlungsoptionen an die Stadtverwaltung und Politik übergeben werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung hatte Thomas Seyde, langjähriger Psychiatriekoordinator,

die Gelegenheit, unter dem Motto „Was ich noch zu sagen hätte ...“ der Leipziger Psychiatriegemeinschaft seine abschließenden Worte mit auf den Weg zu geben. Dabei übergab er symbolisch den „Staffelstab“ an die zukünftige Psychiatriekoordinatorin.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und trug wesentlich zur Vernetzung und Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Leipzig bei. Wir freuen uns über die breite Beteiligung und das Engagement aller Teilnehmenden.

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.

1. Organisation, Aufbau, Vorsitzende/Sprecher:innen, Mitgliederentwicklung

Der Landesverband hat aktuell einen Vorstand mit drei Mitgliedern und rund 50 -55 Mitglieder, davon etwa ein Drittel institutionelle Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist relativ stabil.

Seit 2023 gibt es monatliche Präsenz - Treffen für Mitglieder und Interessierte, an der ein relativ fester Kreis von 8 – 10 Personen teilnimmt. Aufgrund des ländlichen Charakters des Bundeslandes soll perspektivisch eine Hybridvariante installiert werden.

2. Arbeitsschwerpunkte

Die Arbeitsschwerpunkte sind durchgängig die landespolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Versorgung.

3. Umsetzungsbegleitung BTHG in den Ländern (nur für Landesverbände)

Das Land Sachsen-Anhalt hat im März 2024 überraschend den Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB 9 mit Wirkung zum 31.12.24 gekündigt. Entgegen allen vorherigen Aussagen über konstruktive Verhandlungen an diesem Vertrag behauptete das Land zur Begründung, dass man die Umsetzung von BTHG und UN BRK, speziell die Personenzentrierung und Deinstitutionalisierung nur durch die Kündigung und Neuverhandlung erreichen könne. Vom Land wurde der Abschluss eines neuen Rahmenvertrages bis zum 30.09. 24 als realistisch dargestellt, ab diesem Zeitpunkt ist der Erlass einer Rechtsverordnung möglich

und notwendig. Erst mehrere Wochen später hat das Land den Verbänden in der GK 131 Verhandlungstermine angeboten und legte kurz darauf, Entwürfe vor, die vor allem deutliche Reduzierungen der Personalausstattungen in allen Leistungsformen beinhaltete. Keiner der Vorschläge des Landes zielte tatsächlich auf eine Verwirklichung der Deinstitutionalisierung, das Ziel einer Kostenbegrenzung wurde bis heute vehement verneint. Vorschläge der Leistungserbringerseite wurden nicht aufgegriffen. Nach vielfältigen Protesten und politischen Interventionen hat sich bis heute die Situation nicht entspannt. Zum 01.01. 25 ist eine Rechtsverordnung in Kraft gesetzt worden, die viele Regelungslücken enthält und von Fachanwälten als rechtsfehlerhaft eingeschätzt wird. Für das Jahr 2025 sind Stand Mai 25 noch keine Vergütungsverhandlungen erfolgt und einige Leistungserbringer in wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder gar in Insolvenz. Ein erfolgreicher Abschluss eines neuen Rahmenvertrages wird bis zu den Landtagswahlen 2026 als unwahrscheinlich eingeschätzt, die Rechtsverordnung wird so die Basis für alle Leistungen der EGH bleiben.

4. Veranstaltungen/ Aktivitäten

Der LV hat inzwischen zweimal (2023 und 2024) Seminare zum Thema Psychiatrie und Krise in der Hochschule Magdeburg durchgeführt. Es ist beabsichtigt, das zu verstetigen, um auch Studierende der Sozialen Arbeit als Verband zu erreichen.

2024 hat der LV einen offenen Brief mit Sammlung von rund 2000 Unterschriften an den Staatssekretär im Sozialministerium übergeben, in dem die Sorge über die Auswirkungen der Kündigung und Neuverhandlung des Landesrahmenvertrages sowie die fehlende Landespsychiatrieplanung zum Ausdruck gebracht wurde.

In 2025 wurde ein Fachgespräch mit Impulsvortrag der Rain Fiedler vom Büro Hohage zum Thema „Kündigung des Landesrahmenvertrags und Auswirkungen auf Menschen mit psychischer Erkrankung“ durchgeführt. Die Ergebnisse sollen mit dem Psychiatriereferat des Sozialministeriums erörtert werden.

Für den Vorstand: Robin Zapf, Matthias Witt und Marc Fesca

E-Mail: dgsp-lsa@web.de

DGSP-Landesverband Schleswig-Holstein

1. Organisation, Aufbau, Vorsitzende/Sprecher:innen, Mitgliederentwicklung

Der Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein umfasst:

1. Vorsitzender: René Skischally
2. Vorsitzende: Christel Achberger

Kassenwart: Udo Spiegelberg

Beisitzer: Fritz Bremer

Der Vorstand wurde wiederum im Berichtszeitraum zweimal in der Zusammensetzung durch die jeweilige turnusmäßige Mitgliederversammlung bestätigt. Das ehrt uns zwar, weist aber auf das schon mehrfach benannte Problem hin, dass es uns trotz Bemühungen nicht gelungen ist, jüngere Mitglieder für die Nachfolge zu gewinnen.

Die Mitgliederzahl der DGSP-SH beträgt Stand: Feb 2025 78 (77)*, davon 54 (50) natürliche und 23 (27) juristische Personen.

*In Klammern der Stand im letzten Bericht 2022

Der Abgang gerade auch einzelner Träger legt die Vermutung nahe, dass die sozialpsychiatrische Bindung über die DGSP auch durch den Generationswechsel in den Geschäftsführungen und deren stärker finanzorientierter Ausrichtung auch innerbetrieblich an Kraft verliert.

Zudem werden uns sicherlich vermehrt langjährige Mitglieder verlassen, wenn sie in den Ruhestand treten und sich vielleicht anderen Themen zuwenden.

2. Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- Schulungen und Fortbildungen
- Ausbau EX-IN
- Fachtagung 2022
- Prüfsteine Sozialpsychiatrie

3. Veranstaltungen/ Aktivitäten

- Schulungen und Fortbildungen Sozialpsychiatrie

Zwei Kurse Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung berufliche Rehabilitation/Vorbereitungskurs zur staatlichen Prüfung gFAB

- Teilnahme am gFAB- Prüfungsausschuss auf Landesebene: Vorsitz: Udo Spiegelberg
- Zwei Online-Schulungskurse Sozialpsychiatrie kompakt. 8 Module à zwei Stunden – jeweils bis zu 30 Teilnehmer:innen
- Zwei umfangreichere Inhouse-Schulungen – eine in Kooperation mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften/Hamburg zum Thema Psychosoziale Therapien

Der Fortbildungsverband Sozialpsychiatrie Schleswig-Holstein unter der Federführung der DGSP-SH musste leider aufgrund einer immer kleiner werdenden Zahl an aktiv mitwirkenden Trägern in 2022 eingestellt werden.

EX-IN Schleswig-Holstein

- Landessprecherin Schleswig-Holstein: Christel Achberger (gem. mit einer EX-INlerin)
- Ausbildungskurse EX-IN
- Monatliches Online-Treffen
- Fortbildungen und Supervision für bereits tätige Genesungsbegleiter:innen
- Regelmäßige Teilnahme an den Bundestreffen EX-IN Deutschland
- Regelmäßige Netzwerktreffen und Treffen der Regionalgruppen
- Regelmäßiger Newsletter

Fachtagung Sozialpsychiatrie am 31.08.22 in Neumünster:

So kann es nicht weitergehen! Das Ende der sozialen Psychiatrie in Schleswig-Holstein? - Impulse für eine menschenrechtsbasierte, soziale und fachliche Erneuerung

Projekt „Prüfsteine Sozialpsychiatrie Schleswig-Holstein“

Ausgehend von der Fachtagung 2022 hat eine Projektgruppe Grundlinien für die Prüfsteine erarbeitet. Hintergrund ist die zunehmende Entpolitisierung der Psychiatrie in Schleswig-Holstein und die regional sehr unterschiedlichen Verwaltungspraktiken, die uns veranlassen, die Verantwortung der Landespolitik im Rahmen eines Landespsychiatrieplans und regelmäßiger Psychiatrieberichte einzufordern.

Die Prüfsteine sollen quasi als Referenzrah-

men für eine zukunftsweisende sozial- psychiatrisch-psychosoziale Versorgung dienen. Im Vordergrund steht dabei die Reaktivierung und Wiedererstarkung der Gemeindepsychiatrischen Verbände vor Ort.

In verschiedenen Gesprächsrunden u.a. in Gemeindepsychiatrischen Verbänden in fünf Landkreisen, mit Gruppen der organisierten Psychiatrieerfahrenen, Mitgliedern der Fachgruppe Psychiatrie des Paritätischen sowie Studierenden der Sozialen Arbeit haben wir die Prüfsteine sukzessive angeglichen und um einen Erhebungsbogen zur regionalen Versorgungslage erweitert.

4. Perspektive

In 2026 ist eine weitere DGSP- Fachtagung in Schleswig-Holstein unter Einbeziehung der politisch Verantwortlichen Personen geplant, um die Wende hin zu einer menschenrechtsbasierten, recoveryorientierten und personenzentrierten Psychiatrie zu initiieren und aktiv zu begleiten.

Bis dahin werden noch weitere Gespräche mit verschiedenen Gruppierungen bis zur Endfassung der Prüfsteine geführt werden.

Ferner muss die Zukunft des Landesverbandes Schleswig-Holstein gesichert werden, d.h. im Verbund mit den anderen Landesverbänden und dem Bundesverband Wege aufzuzeigen, die jüngere Menschen an die Mitarbeit in der DGSP-SH heranführen können.

Für den Vorstand: René Skischally

Im Juli 2025

DGSP-LAG Thüringen

2021 gab der damalige Vorstand des Thüringer DGSP die Funktion ab und löste den Verein auf. An diese Stelle trat die Landesarbeitsgemeinschaft DGSP Thüringen mit der Sprecherin Anke Brückner und der Unterstützerin Dominique Jahn. Ab 2024 zog sich die Stellvertretung zurück und die Sprecherin führte die Organisation allein.

In 2022 und 2023 gab es gemeinschaftliche Online- und Präsenztreffen zwischen Dominique Jahn und Anke Brückner um die LAG fortzuführen und die Mitglieder zum Austausch

und zur Mitarbeit zu bewegen. Die neue LAG stellte sich dem entsprechenden Referat im Thüringer Ministerium vor und besprach die aktuell drängenden Themen (z.B. bedarfsgerechte Versorgungsplanung, Landespsychiatrieberichte, Umsetzung Landesrahmenvertrag, etc.). An den Treffen in Präsenz und auch Online nahmen in den Jahren 2022 – 2024 zunehmend weniger Personen teil. Es wurde versucht, die Treffen an verschiedenen Orten in Thüringen stattfinden zu lassen und mind. einen Onlinetermin anzubieten, damit die Anfahrtswege gerechter verteilt sind.

Von anfänglich 5 Personen reduzierte sich die Teilnahme an den Treffen auf 2 Personen, so dass diese aufgegeben wurden. Um die Situation der „Mitgliederabstinenz“ zu thematisieren, wurde eine Evaluation an die Mitglieder versandt mit Themen aus dem psychiatrischen Bereich und Bitte um Vorschläge zur Situation der LAG. Auf die Evaluationsanfrage kam keine Resonanz. Der bis dahin einmal im Quartal versandte E-Mail Newsletter mit aktuellen Informationen aus Deutschland und der Region wurden ab 2024 eingestellt, weil keine Reaktion erfolgte.

Die regelmäßige Teilnahme (2x jährlich) am Landesfachbeirat für Psychiatrie ist sichergestellt. Wichtige Themen wurden dort auch durch die LAG DGSP Thüringen in 2024 vorgestellt und mit Erfolg angenommen. So wurde das Thema „Ambulant psychiatrischer Krisendienst in Thüringen“ als Idee im Gremium vertreten. Dazu gab es einen Beschluss zur Gründung einer Unterarbeitsgruppe (2025), die u.a. auch durch Anke Brückner organisiert wird. Mehrere Mitglieder nehmen an Jahrestagungen teil und sind im Verteiler Fachausschuss Forensik.

Impressum

Angaben gemäß § 5 TMG

DGSP Geschäftsstelle
– Vorstandsvorsitzende Christel Achberger –
Zeltinger Str. 9
50969 Köln

Kontakt
Tel.: (0221) 51 10 02
Fax: (0221) 52 99 03
E-Mail: [info\(at\)dgsp-ev.de](mailto:info(at)dgsp-ev.de)

Registereintrag
Eingetragen beim Amtsgericht Hannover,
Vereinsregister-Nr. 3896

Steuerangaben
Finanzamt Köln-Süd,
Steuer-Nr. 5219/5881/1048

Gemeinnützigkeit
Die DGSP ist durch Bescheid des zuständigen
Finanzamtes wegen ausschließlicher und un-
mittelbarer Förderung der öffentlichen Ge-
sundheitspflege als gemeinnützigen Zwecken
dienend anerkannt.

Bankverbindung
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 7 110 800
IBAN: DE87 3702 0500 0007 1108 00
BIC: BFSWDE33



